



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
8. Sitzung	Mittwoch, 27. September 2023 19.00 Uhr, Aula OSOS Obersiggenthal
Vorsitz	Christoph Villiger, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Ursula Spinnler Esther Reimann
Anwesend	38 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen
Entschuldigt	Erich Schmid Daniel Meier
Ende der Sitzung	23.45 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2023/14	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2022/43	Wahl Mitglied FIKO	6
3	2022/34	Postulat Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim technischen Zentrum / Zwischenbericht	7
4	2023/17	Termine 2024	9
5	2023/16	Aufgaben- und Finanzplan	10
6	2023/15	Budget 2024	15
7	2023/18	Umfrage	41

Christoph Villiger, Präsident: Guten Abend miteinander. Ich möchte Euch ganz herzlich zur heutigen 8. Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur 2022-25 mit Doppeldatum begrüessen. Ich hoffe, Ihr habt eine gute Sommerzeit verbracht und konntet das schöne Wetter geniessen. Mein Ziel ist es, betreffend der möglichen Doppelsitzung, dass wir heute Abend abschliessen können. Dies ist abhängig von dem, der da vorne steht und ist abhängig von Euch allen. Daher bitte ich Euch, Euch bei den Einzelvoten zu fokussieren, damit es ein Mehrwert hat. Ihr habt alle die Traktandenliste erhalten, diese ist Euch rechtzeitig zugestellt worden. Es gibt eine Änderung in der Reihenfolge der Traktanden. Wir werden das Traktandum 5 und 6 wechseln. Das heisst, der Aufgaben- und Finanzplan wird zum Traktandum 5 und das Budget 2024 wird zum Traktandum 6. Eine Pause ist nach dem Traktandum 5 geplant, sprich nach dem Aufgaben- und Finanzplan und vor dem Budget 2024. Ein Treffpunkt nach der Sitzung habe ich aus Erfahrung heute keinen festgelegt. Ich hoffe, wir werden heute fertig. Sollten wir wider Erwarten doch heute viel früher fertig sein, werden wir uns sicher noch für ein Restaurant entscheiden.

1 2023/14 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christoph Villiger, Präsident: Formelles: Wir sind 38 anwesende vereidigte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen. Das absolute Mehr beträgt 20.

Rechtskraft der Beschlüsse vom Einwohnerrat: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 3. Juli 2023 folgende Beschlüsse im fakultativem Referendum des Einwohnerrats vom 25. Mai 2023 in Rechtskraft erwachsen:

Genehmigung der Rechnung 2022 und des Rechenschaftsberichts 2022.

Somit kommen wir zu den **Mitteilungen** und ich übergebe das Wort an den Gemeindeamman.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Guten Abend miteinander. Ich habe ein paar wenige Mitteilungen. Ich habe an der letzten Einwohnerratssitzung informiert, dass sich die Gemeinde an den Kanton gewendet hat, also an die A-Welle, betreffend der Tarifgrenze zwischen Kirchdorf und Nussbaumen. Wir haben am 5. Juli 2023 eine Antwort erhalten. Leider lehnt die A-Welle unseren Antrag auf Verschiebung dieser Tarifgrenze erneut ab. Sie schreiben dabei, dass sie am Grundsatz, dass die Zonengrenzen zwischen Ortschaften und nicht zwischen politischen Gemeinden gezogen werden, im Hinblick auch auf zukünftige Gemeindefusionen, festgehalten werden. Gleichzeitig weist sie aber darauf hin, dass man an einem Entwickeln von einem schweizweiten E-Tarif sei, wo künftig Tarifzonen keine Rolle mehr spielen sollen. Das ist gestützt auf einer Information von der Alliance Swiss Pass. Das zu Ihrer Information.

Zu den Wahlplakaten äussere ich mich nicht mehr. Ich habe mich genug häufig dazu geäußert. Das entsprechende Reglement ist Ihnen allen bekannt.

Zum Personellen habe ich noch ein paar Informationen:
Thomas Zumsteg ist weiterhin 100% krankgeschrieben. Er möchte aber jetzt schrittweise zurückkommen. Darum unternehmen wir aktuell einen Arbeitsversuch. Das heisst, er ist jetzt stundenweise wieder im Gemeindehaus anwesend, aber selbstverständlich ist er noch nicht wirklich vollständig zurück. Wie ich gesagt habe, er ist immer noch 100% krankgeschrieben. Für fachliche Fragen können Sie sich weiterhin an die bisherigen Ansprechpersonen wenden. Wir vom Gemeinderat und von der Verwaltung freuen uns, dass Thomas Zumsteg jetzt wieder im Gemeindehaus anwesend ist, auch wenn nur stundenweise, und heissen ihn herzlich willkommen.

Es ist uns gelungen, die Leitung der HR-Fachstelle zu besetzen. Wir haben eine ausgebildete Fachperson gewinnen können. Sie startet Anfang Dezember 2023. Aktuell läuft der Stellungsbesetzungsprozess für die HR-Assistenz. Es sind ja zwei Teilzeitstellen resp. Teilzeitangestellte, die sich die 100% teilen sollen, aus Gründen der Ablösung der Stellvertretung.

Leiter Tiefbau: Auch die Stelle Leiter Tiefbau konnten wir mit einer Fachperson besetzen. Die Person startet ebenfalls im Dezember 2023.

Leider muss ich Sie darüber informieren, dass die Assistenz von der Abteilung Bau und Planung, Susanne Karpf, gekündigt hat.

Peter Stucki, Vizeammann: Eine kleine Mitteilung. Am Samstag vor einer Woche haben wir das neue Schulhaus Goldiland eingeweiht und wie wir es vor 3 Jahren im Einwohnerrat versprochen haben, haben wir jetzt mit der Sanierung des Gartenbades nahtlos beginnen können. Am letzten Sonntag, 19:20 Uhr am Abend, hat man die letzten Badegäste aus dem Schwimmbad herausgetrieben. Die Sommersaison ist vorbei. Seit Montag ist das ganze Schwimmbad bis am 6. Oktober 2023 geschlossen. Die Baustellen werden eingerichtet. Während diesen zwei Wochen können wir also nicht, wie wir gehofft haben, Wasser anbieten. Das wäre einfach zu gefährlich, wenn Badegäste hin und her laufen und gleichzeitig die Maschinen und Anlagen montiert und heraufgefahren werden für die Bauarbeiten. Am 7. Oktober 2023 öffnet das Hallenbad wieder für eine normale Saison. Die Wintersauna wird, wie Sie wissen, überhaupt erst nach Abschluss aller Arbeiten wieder in Betrieb genommen werden. Während der ersten Etappe jetzt bis im Frühling arbeiten wir natürlich draussen und nicht in der Halle. Das Hallenbad soll ja offen sein. Das Erste, was gemacht wird, ist das Sicherheitsrisiko, welches wir hatten, mit der mangelhaften Tragfähigkeit des Aussenschwimbeckens, des Aussen-Nichtschwimmerbeckens, welches wir bereits anfangen zu verstärken und sanieren. Ab April 2024 wird das Schwimmbad aussen wiedereröffnet und das Hallenbad für die Sommersaison geschlossen. Dann wird die zweite Etappe mit dem Umbau der Garderobe, dem Ersatz der Fensterfront beim Hallenbad, also der Energetik und der Erstellung des Rohbaus im Eingangsbereich weitergefahren.

Christoph Villiger, Präsident: Da es keine weiteren Mitteilungen aus dem Gemeinderat mehr gibt, kommen wir zu den **Neueingängen:** Wir haben zwei Neueingänge erhalten. Die eine liegt auf Ihrem Tisch. Wir starten aber mit der Anfrage von Tomas Nezel an den Gemeinderat zum Thema Umsetzung des Parkraumkonzeptes. Ich lese die Anfrage kurz vor:

Sehr geehrter Gemeinderat. Der Einwohnerrat hat am 1. Dezember 2022 der Einführung eines Parkraumkonzeptes in der Gemeinde Obersiggenthal zugestimmt. Damit wurde der Gemeinderat als Exekutive mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt. Die Umsetzung war auf Juli 2023 geplant, musste nun aber mehrfach verschoben werden. Was waren die Gründe, weshalb das Parkraumkonzept nicht zum geplanten Termin umgesetzt werden konnte? Welche personellen und materiellen Ressourcen haben gefehlt, und aus welchen Gründen? Wie sieht der Projektplan aus? Welche Aufgaben sind aufgelistet und in wessen Verantwortung stehen sie? Wie hat der Gemeinderat bis jetzt den Fortschritt im Projektverlauf kontrolliert? Wer im Gemeinderat trägt die Verantwortung für die Umsetzung? Welche zusätzlichen Kosten sind wegen dieser Verzögerung angefallen? Welche Lehren zieht der Gemeinderat für die Zukunft daraus? Vielen Dank im Voraus für die Beantwortung dieser Anfrage.

Mit freundlichen Grüssen, Tomas Nezel, Einwohnerrat.

Ich möchte dem Anfrager gerne noch kurz das Wort übergeben, falls Du noch etwas ergänzen möchtest.

Tomas Nezel: Ich habe eigentlich nichts mehr zu sagen. Vielen Dank, dass Du das vorgelesen hast. Ich glaube, das ist im Interesse von uns allen, dass wir auf diese Fragen, Antworten erhalten. Da bin ich sehr gespannt, was wir nun hören.

Christoph Villiger, Präsident: Die Beantwortung dieser Anfrage wird beim Traktandum 7, bei der Umfrage, erfolgen.

Wir haben einen weiteren Neueingang: Dies ist die dringliche Motion Report Abteilung Bau und Planung. Ich werde auch dies kurz vorlesen, Sie finden diese auf Ihrem Tisch.

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrter Gemeinderat
Hiermit überreichen wir Ihnen unsere dringliche Motion zum Thema Abteilung Bau und Planung. Wir danken für die Abklärung der Dringlichkeit im Einwohnerrat in der kommenden Sitzung vom 27. September 2023.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

David Wick, Einwohnerrat, im Namen der GLP-Einwohnerrats-Fraktion.

Ich lese Euch ebenfalls kurz den Motionstext sowie die Begründung vor.

Motionstext:

Im Rahmen der Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung (Gemeindeordnung, § 38, Abs. 20) soll der Gemeinderat die Ausarbeitung und Umsetzung eines öffentlichen vierteljährlichen Reports mit aussagekräftigen Kennzahlen, aktuellen Herausforderungen und strategischen sowie operativen Massnahmen zur Verbesserung der Situation in der Abteilung Bau und Planung realisieren.

Der Report soll die Bereiche Personal, Projekte und Aufgaben, Finanzen sowie Organisation umfassen und über mehrere Perioden vergleichbar sein.

Der Report soll während zwei Jahren erstellt werden und nach Beschluss des Einwohnerrats um zwei weitere Jahre verlängert werden können.

Begründung:

Seit mehreren Jahren herrscht in der Abteilung Bau und Planung der Gemeinde Obersiggenthal eine hohe personelle Fluktuation sowie nachhaltige Unterbesetzung. Damit verbunden können die anfallenden Aufgaben und Tätigkeiten oft nur unbefriedigend und mit grossem finanziellem Mehraufwand erledigt werden. Zudem werden für die Gemeinde und Bevölkerung wichtige Projekte verzögert. Ein unhaltbarer Zustand, welcher die Gemeinde finanziell, personell, gestalterisch und in Bezug auf die Attraktivität stark belastet.

Die von der Finanzkommission veranlasste (organisatorische und strukturelle) Tiefenprüfung wird einen wichtigen Grundstein für eine dringend nötige Verbesserung der Situation in der Abteilung Bau und Planung legen.

Wir wollen mit dem regelmässigen Reporting sicherstellen, dass der in der Verantwortung stehende Gemeinderat und die Abteilung in der Folge aktiv Lösungen zur Verbesserung der Situation anstreben. Die entsprechenden Massnahmen und relevanten Kennzahlen sollen regelmässig, nachvollziehbar und transparent rapportiert werden.

Ich gebe dem Motionär kurz das Wort, um noch Erläuterungen anzubringen. Dann wird es sicher eine Stellungnahme vom Gemeinderat geben. Dann habe ich den Vorschlag, dass wir die Abstimmung über die Dringlichkeit nach der Pause machen würden, denn Ihr alle habt diese Motion erst heute bekommen. Ich bin überzeugt, dass Ihr das möglicherweise in den Fraktionen unter Euch kurz besprechen möchtet. Darum finde ich es zielführend, dass wir die Abstimmung betreffend Dringlichkeit, und wenn sie gegeben ist, betreffend Überweisung nach der Pause machen würden. Wenn jemand diesem Vorgehen nicht zustimmen möchte, müsste er dies jetzt sagen.

Das scheint nicht der Fall zu sein. Hiermit übergebe ich Dir, David Wick, das Wort.

David Wick: Es ist eine nicht ganz einfache Sache, darum habe ich mich mit einem Blatt Papier mit der Rede ausgerüstet. Auch mit einer Brille für den Notfall. Das hilft. Gemeinsam sollten wir es schaffen.

Es ist ein pathetischer Einstieg. Aber die Welt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. In der Abteilung Bau und Planung ist die unbefriedigende Situation weiterhin vorhanden. Wir können es auf das reduzieren, aber ich werde doch noch schnell zwei drei Sachen sagen.

Das jüngste Beispiel, welches in aller Munde ist, ist natürlich die Umsetzung vom Parkraumkonzept. Das bedeutet für uns, keine Einnahmen, das bedeutet, Ausgaben jetzt für weitere Spezialisten, dass man das lösen kann, dass man da vorankommt. Die Verschiebung ist unbestimmt. Vielleicht hören wir nachher noch etwas dazu. Natürlich gab es wieder eine unvoreilhaftige Presse. Wir alle wissen, der Grund dafür, dass so etwas passieren kann, liegt in der Unterbesetzung und in den Fluktuationen, das ist in dieser Abteilung leider mehr oder weniger chronisch. Die Überlastung der Mitarbeitenden ist greifbar. Es äussert sich in negativen Folgen für die Gesundheit oder auch für die Motivation und Prozesse. Die Verantwortlichkeiten sind auch unklar und es ist unübersichtlich organisiert. Ich komme nachher dazu, warum ich zu diesem Schluss komme. Die Abteilung kommt schlussendlich als Folge nicht zur Ruhe und leider auch nicht richtig zum Arbeiten. Fakt ist, dass die Leitung es mit eigener Kraft nicht aus dem Teufelskreis hinausschafft. Sonst wäre dies schon lange geschehen. Das alles wäre halb so schlimm, wenn es nicht eine der zentralen Bereiche unserer Gemeinde wäre. Sei das im Alltag, wenn es um Baugesuche geht oder um Themen wie Tiefbau, Hochbau und Liegenschaften. Aber eben auch wenn es um gestalterische, planerische und anspruchsvolle Konzepte geht, welche viel für die Zukunft unserer Gemeinde bewirken können und welche wir angehen müssen.

Carol Demarmels: Wir stellen momentan einen Ordnungsantrag. Wir reden im Moment nur über die Dringlichkeit. Da darf man nicht inhaltlich argumentieren, sondern nur die Dringlichkeit begründen.

David Wick: Ist das so?

Christoph Villiger, Präsident: Also stimmen wir schnell darüber ab. Ob man nur über die Dringlichkeit Auskunft geben darf.

David Wick: Das ist ok. Ich sage noch zwei drei Sätze darüber.

Carol Demarmels: Also das ist ja grundsätzlich so. Es wird ja nur über die Dringlichkeit in erster Instanz diskutiert und da müssen wir eigentlich nicht darüber abstimmen. Das ist so. Erst in einer zweiten Diskussion, wenn die Dringlichkeit durchgekommen ist, wird inhaltlich diskutiert.

David Wick: Gut, dann ist das so. Aber einen kleinen Absatz möchte ich noch sagen.

Carol Demarmels: Also ich bin hier nicht der Chef. Ich weise nur darauf hin.

David Wick: Unser Ansatz ist, wir wollen nicht nur poltern, weil wir hoffen, dass sich da etwas verändert, sondern wir wollen das Heft jetzt in die Hand nehmen. Wir wollen ein wirksames Zeichen setzen und aus diesem Grund sind wir dafür, dass heute darüber debattiert werden soll, ob diese Motion überwiesen wird oder nicht. Wir möchten nicht noch mehr Monate verlieren; der Gemeinderat hat danach noch einmal sechs Monate Zeit um zu antworten. Wir wissen, das kann sich noch mehr in die Länge ziehen. Darum sind wir der Meinung, dass wir heute darüber diskutieren und wie gesagt, geht es jetzt darum, ob die Dringlichkeit gegeben ist, das würde eine 2/3 Mehrheit bedeuten. Also 26 Stimmen, damit wir dann überhaupt inhaltlich in diesem Fall darüber debattieren können.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Geschätzte Damen und Herren, über die Dringlichkeit: Sie alle haben den Bericht der Finanzkommission gelesen. Wir haben eine Sitzung gehabt zwischen der Finanzkommission und dem Gemeinderat und dabei ist zur Sprache gekommen, dass die Prüfung über die Organisation von Bau und Planung stattfinden soll. Der Gemeinderat begrüsst das sehr. Der Gemeinderat möchte hier aktiv mitmachen. Wir unterstützen dies

und in diesem Sinne bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Der Gemeinderat möchte zuerst wissen, welches Ergebnis der Bericht gibt. Nur einfach noch als Nebensatz: Wir fragen uns, was ein Reporting für die Unterstützung dieser Abteilung inhaltlich bringen soll, wenn man das anschaut.

Christoph Villiger, Präsident: Wir würden jetzt direkt zur Abstimmung betreffend der Dringlichkeit der Motion zum Thema Abteilung Bau und Planung kommen. Damit die Dringlichkeit gegeben ist, braucht es eine Mehrheit von 2/3 des Rats. Das sind 26 Stimmen.

Abstimmung

Ist die Dringlichkeit des Geschäfts betreffend Motion zum Thema Abteilung Bau und Planung gegeben?

Die Dringlichkeit ist mit 13 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen nicht gegeben.

Hiermit wird das Geschäft respektive die Überweisung an einer nächsten Einwohnerratssitzung diskutiert.

Christoph Villiger, Präsident: Das **Protokoll** habt Ihr alle bekommen. Es ist im entsprechenden Laufwerk bereitgestellt worden und es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Somit gilt das Protokoll der letzten Sitzung vom 25. Mai 2023 als genehmigt.

2 2022/43 Wahl Mitglied FIKO

Christoph Villiger, Präsident: Gemäss der Gemeindeordnung muss die Finanzkommission aus 7 Mitgliedern bestehen. Im Moment sind es 6 Mitglieder. Ebenfalls gibt es die Vorgabe, dass die Mehrheit der Mitglieder der Finanzkommission muss aus dem Einwohnerrat sein müssen. Wir haben mehrfach betreffend Kandidaturen für ein weiteres Mitglieder der Finanzkommission angefragt. Nun sind wir glücklich, dass wir eine weitere Kandidatur haben. Hanne Rigter von der SP-Fraktion hat sich dazu zur Verfügung gestellt. Ich möchte gern der Fraktion das Wort geben, um sie kurz vorzustellen.

Mia Jenni: Mit Freude darf ich Ihnen kurz Hanne Rigter vorstellen, welche für die SP-Fraktion gerne Einsitz in die Finanzkommission nehmen würde. Hanne Rigter ist seit 2021, wie Ihr sicher auch wisst, bei uns im Rat und ist ein sehr aktiver Teil unserer Fraktion. Das zeigt sich schon daran, dass sie in ihrer allerersten Sitzung das Wort ergriffen hat, obwohl man das bekanntlich nicht unbedingt machen sollte. Hanne Rigter passt aber auch beruflich, vom beruflichen Profil her, perfekt in die Finanzkommission. Nach einem Masterstudium an der HSG in International Affairs and Governments und einem Jobeinstieg in verschiedenen Wirtschaftsverbänden arbeitet sie seit einigen Jahren bei der Alliance Swiss. Unter anderem im Stab von CEO mit der Verantwortung für dezentrales Controlling, Budgetplanung und Jahresabschlüsse und weiteres im Bereich von Underwriting für Sachrisiken von Unternehmen und seit neuestem hat sie Verantwortung im Segment von internationalen Versicherungslösungen. Ihr seht, Hanne Rigter bringt einen ganzen Rucksack an Erfahrungen mit und wir freuen uns sehr, dass sie sich bereitgestellt hat, in die Finanzkommission Einsitz zu nehmen. Auch, weil sie dann bei der SP-Fraktion die Verstärkung in der Aufgabe im Bereich finanzpolitischer Verantwortung übernehmen kann, gerne zitiere ich hier Christian Buser.

Christoph Villiger, Präsident: Hiermit können wir bereits zur Wahl fortschreiten. Die Frage ist noch, wird eine geheime Wahl gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich alle, die dieser Wahl zustimmen, dies durch Handerheben zu bezeugen.

Abstimmung

Hanne Rigter wird einstimmig in die Finanzkommission gewählt.

3 2022/34 Postulat Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim technischen Zentrum / Zwischenbericht

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Gemeinderat: Gut Ding will Weile haben. Offensichtlich hat es nun etwas viel "Weile" gebraucht. Ich entschuldige mich für die längere Bearbeitungsdauer. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass wir doch zwei drei Schritte weitergekommen sind und ich möchte den Zwischenbericht kurz zusammenfassen.

Das Postulat der SVP Fraktion Obersiggenthal «Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim technischen Zentrum» stellt diverse Fragestellungen zur aktuellen Entsorgungssituation. Diese Fragen lassen sich grob in 3 Themenkreise einteilen:

- Aufhebung der bestehenden Niederflur-Container beim Gemeindehaus, im Markthof/Kirchweg und in Kirchdorf.
- Modernisierung der bestehenden zentralen Sammelstelle beim technischen Zentrum
- Betriebsform einer solchen Sammelstelle

Ich möchte hierzu nicht mehr alles abhandeln, was bereits geschrieben ist. Ich möchte einfach auf die wesentlichen Punkte kurz eingehen.

Eine Aufhebung der Niederflur-Container ist für den Gemeinderat keine Option. Der Trend geht schweizweit eher in Richtung mehr dezentrale Sammelstellen (auch Quartiersammelstellen genannt) und nicht in Aufhebung dezentraler Sammelstellen. Der Gemeinderat sieht eher ein zusätzliches Angebot in Gebieten wie z.B. Rieden. Swiss Recycling nennt als Richtzahl eine Sammelstelle auf rund 1'500 Einwohner. Daher hätten wir noch ein leichtes Potential nach oben. Wir glauben auch, dass das Problem der illegalen Entsorgung nicht gelöst wird, indem man die dezentralen Sammelstellen aufhebt. Es ist eher davon auszugehen, dass weiterhin diese Fehlverhalten von Einzelnen zu beobachten ist. Es ist aber auch so, dass wir finden, das Fehlverhalten von einzelnen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern sollte nicht zu einer Bestrafung führen im Komfort für alle anderen Einwohner.

Bezüglich der bestehenden Sammelstelle beim technischen Zentrum sieht der Gemeinderat einen Handlungsbedarf. Aus unserer Sicht ist diese Sammelstelle nicht mehr à-jour. Sie ist in die Jahre gekommen, das Angebot müsste angepasst werden. Der Komfort und die Sicherheit sind eingeschränkt, so ist z.B. die Verkehrsführung nicht optimal mit Leuten, die aus dem Auto aussteigen. Leute, welche retour fahren und dabei diese kreuzen, welche zur Sammelstelle laufen. Dies kann man sicher besser und intelligenter lösen. Die bestehenden Überflur-Container beim technischen Zentrum stehen aus unserer Sicht am falschen Standort, sind mangelhaft beschriftet und die Parkierung dazu ist ebenfalls verbesserungswürdig. Es sind de facto Feuerwehrparkplätze, an welchen die meisten Leute ihr Auto hinstellen, wenn sie dort entsorgen.

Um die Frage der optimalen Betriebsweise zu beantworten, muss die Frage der zentralen Sammelstelle des Standortes zuerst geklärt und organisiert werden und kann erst dann vertiefter beantwortet werden.

Der Gemeinderat hat Swiss Recycling, das ist ein Verbund von Recycling-Unternehmen, wie welche, die Alu sammeln usw., gebeten, ein so genannter "Swiss Recycling Checkup Standard" zu machen. Seit rund einer Woche liegt die Analyse vor. Wir konnten diese noch nicht in allen Details auswerten, trotzdem möchte ich einige erste Erkenntnisse daraus vorstellen:

- Beschriftungen anpassen
- Sammelangebot prüfen (Haupt- und Nebensammelstellen)
- Verzicht auf Nebensammelstellen nicht angezeigt (Mehrverkehr, Abbau Service Public)
- Hauptsammelstelle: Zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung stellen

Es hat noch andere Inputs gehabt zum Entsorgungsreglement. Da sind auch Hinweise gekommen. Man müsste das Abfallreglement überarbeiten. Es gibt noch weitere Inputs zu den Preisen, die wir haben, zu den Preisen, die wir bekommen, zu den Preisen, die wir bezahlen. Wie sie im Quervergleich stehen und das müssen wir jetzt nach und nach anpacken. Was heisst das?

Die nächsten Schritte sind im Oktober 2023: Zuerst Besprechung des Check-Up-Berichts mit Swiss Recycling EUK. Es ist ein Bericht, der nicht nur für Obersiggenthal, er ist zwar spezifisch für Obersiggenthal gemacht, sondern das Instrument ist schon für viele andere Gemeinden angewandt worden. Wir werden dies zusammen mit der EUK machen. Wir möchten die Empfehlungen, Massnahmen sichten, priorisieren und anpacken. Ich persönlich gehe im Moment in den weiteren Arbeitsweg mit der Absicht, dass wir vor allem die zentrale Sammelstelle erneuern müssen. Wie genau, kann ich noch nicht sagen, aber wir wollen es zeitnah anpacken. Das Ziel wäre, dass der Antrag für 2024 angestrebt wird. Damit wir bald wissen, ob der Einwohnerrat dies gleich sieht oder nicht.

Lukas Füglistler: Wir, die Fraktion – Die Mitte, haben uns kurz ausgetauscht. Aus unserer Fraktionssicht gibt es dem nichts weiter beizufügen. Das mit den dezentralen Unterflurcontainern ist klar. Wir haben es im Postulat drin, aber wenn man zum Schluss kommt, dass das richtig ist, dass man sie stehen lässt, dann machen wir das selbstverständlich so.

Andreas Baumgartner: Wir können die Argumentation des Gemeinderats nachvollziehen, wir finden das sinnvoll, dass es auch ganzheitlich angeschaut wird und sind gespannt auf die Evaluationsergebnisse, wie sie einfließen in das neue Projekt und hoffen, dass wir im 2024 dann mit gutem Gewissen dem neuen Projekt zustimmen können.

Andreas Leupin: Die FDP-Fraktion hat den Bericht zur Kenntnis genommen und sie stimmt mit dem Gemeinderat überein, dass es sicher nicht sinnvoll erscheint, dezentrale Sammelstellen aufzuheben. Die FDP-Fraktion begrüsst explizit die Untersuchung durch die Swiss Recycling und die Absicht des Gemeinderats, die Sammelstellen beim technischen Zentrum basierend auf dem Bericht zu modernisieren und auf den aktuellen Stand der Entsorgungstechnik zu bringen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Postulat Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim technischen Zentrum / Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

4 2023/17 Termine 2024

Eintreten nicht bestritten

Christoph Villiger, Präsident: Ihr habt alle die Terminliste für das nächste Jahr 2024 erhalten mit den Einwohnerratsgeschäften mit den entsprechenden Einwohnerrats-Sitzungsdaten. Gibt es von Seiten des Gemeinderates eine Ergänzung dazu?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: An und für sich gibt es dazu nicht viel dazu zu sagen. Die Daten sehen Sie vor sich auf dem Papier. Wir haben die Budgetsitzung aus terminlichen Gründen auf nach den Herbstferien verschoben, damit es in der Verwaltung nicht ganz so eng wird und auch die Finanzkommission etwas mehr Zeit hat, um sich den Zahlen zu widmen. Das ist der Hintergrund.

Edith Saladin: Die GLP-Fraktion nimmt die Sitzungstermine zur Kenntnis. Dass die Budget-Sitzung zukünftig im Oktober stattfinden wird, empfinden wir als sinnvoll. So hat der Gemeinderat genügend Zeit für die Erstellung des Budgets und dessen Prüfung. Wir sind zudem der Meinung, dass auch der Einwohnerrat mehr Zeit braucht, um sich auf die Budget-Sitzung vorzubereiten und beantragen, dass die Orientierung der Einwohnerratsfraktionen durch den Gemeinderat 16 Tage vor der Einwohnerratssitzung stattfindet anstatt nur 9 Tage davor.

Sandra Hehli: Ich kann mich Bettina Lutz Güttler anschliessen. Wir begrüßen es von der SVP-Fraktion, dass die Budget-Termine erst nach den Herbstferien stattfinden, weil die Verwaltung dann auch mehr Zeit hat, um das Budget zu planen und die Finanzkommission hat vor allem mehr Zeit, das Budget seriös zu prüfen.

Christian Buser: Ich habe eine Frage, mir ist das nicht ganz klar. Nur für die Budget-Sitzung 16 Tage oder generell immer 16 Tage?

Edith Saladin: Nein, nur für die Budget-Sitzung. Sonst bleibt es bei 9 Tagen. Kannst Du mir bitte sagen, um welches Datum es geht?

Christoph Villiger, Präsident: Das ist ein Montag vorher.

Edith Saladin: Das wäre dann der 14. Oktober 2023.

Sandra Hehli: Also zum Antrag der GLP-Fraktion, das wäre dann der 14. Oktober. Erstens wäre es in den Herbstferien oder es ist der Montag gerade nach den Herbstferien. Aber es sind vorher zwei Wochen Herbstferien. Es haben noch viele Leute schulpflichtige Kinder und gehen vielleicht noch weg. Zweitens bringt dies der Finanzkommission und der Verwaltung auch nicht viel mehr, weil sie dann die Budgetunterlagen wieder viel früher abliefern müssen.

Edith Saladin: Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Keine weiteren Wortmeldungen

Die Termine 2024 werden einstimmig genehmigt.

5 2023/16 Aufgaben- und Finanzplan 2024-2028

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Gemeinderat: Es freut mich, Euch den überarbeiteten Aufgaben- und Finanzplan 2024 – 2028 vorzustellen. Es ist so, dass wir den weiterhin gleichbleibenden Steuerfuss von 110 % durchgerechnet haben. Das operative Ergebnis 2023 zeigt einen Aufwandüberschuss von CHF 595'000. Das wäre dann auf der linken Seite, die man jetzt nicht sieht. Das operative Ergebnis sehen wir in den Folgejahren eher noch schlechter. Dies hauptsächlich bedingt zum einen durch die höheren Abschreibungen aufgrund der Investitionen, aber auch aufgrund von eingeplanten Kostensteigerungen. Bei diesen Kostensteigerungen haben wir einfach die Gewohnheitseffekte, also Dinge, die immer wieder etwas hinaufgehen, aber wir haben auch neue oder andere bekannte Positionen wie z.B. Folgekosten aus dem Schulhausneubau, die sich dann über Abschreibungen usw. niederschlagen können. Die Nettoinvestitionen sind aktuell und in den Folgejahren bekanntlich hoch. Dies zum einen, weil wir jetzt dann beim Schulhaus Goldiland noch die Restzahlungen zu leisten haben von diesen rund CHF 11.4 Mio. plus Mehrkosten im Bereich von CHF 0.9 Mio., über welche wir bereits orientiert haben. Denn steht die Sanierung Hallen- und Gartenbad an. Wir haben gehört, dass die Arbeiten beginnen. Heute sind es rund CHF 9.2 Mio., die wir investieren. Es gibt noch diverse kleinere Projekte, die geplant oder angedacht sind, aber noch nicht beschlossen sind. Sie sind einmal aufgeführt im Aufgaben- und Finanzplan und der Einwohnerrat kann zu gegebener Zeit dann darüber entscheiden. Diejenigen, die den Aufgaben- und Finanzplan angeschaut haben, auch hinten, mit den einzelnen Detailobjekten, Sachen, die schon einige Jahre enthalten sind, werden feststellen, dass wir diese Sachen nicht durch das Band mit 10-15% höheren Baukosten berechnet haben, obwohl wir wissen, dass der Baukosten-Index in den letzten zwei Jahren gut 15% gestiegen ist. Wir haben dort noch so viele Unklarheiten, auch auf Projektebene, enthalten, dass wir gedacht haben, einfach generell 15% hinauf zu gehen ist nicht nötig, weil es noch so weit weg ist und so viel unklar ist, dass die 15% auch anders wieder weg gehen können. Wir wissen ja nicht, wie die Zukunft ist. Damit können wir eigentlich leben.

Es gibt eine Kumulation von Investitionstätigkeiten, die relativ hoch ist, gleichzeitig aber haben wir keine ausgeglichene Erfolgsrechnung. Das führt dazu, dass die Nettoschulden ansteigen. Der Anstieg ist massiv. Aber wir werden sehen, gegenüber dem letzten Finanzplan nicht mehr ganz so massiv, wie sich das noch vor einem Jahr oder zwei abgezeichnet hat. Ich werde auch erklären, warum das so ist. Wir haben aber nach wie vor noch gewisse Unklarheiten, bei welchen wir auch noch nicht abschliessend wissen, wie sich das durchschlägt. Wir haben Sondereffekte wegen der Corona-Pandemie gehabt. Gleichen sich diese Sondereffekte aus oder bleiben sie bestehen? Das sind Themen, die uns noch beschäftigen.

Die Entwicklung der Nettoschuld pro Einwohner haben wir hier dargestellt. Man sieht den Anstieg aufgrund der anstehenden Investitionen. Die habe ich beschrieben. Man sieht aber auch, dass es plafoniert ist, ein schlechtes Wort, es steigt einfach nicht mehr so stark an. Schön wäre es, wenn es plafoniert wäre, aber es steigt nicht mehr ganz so stark an.

Was man hier auch gut sieht, ist, dass unsere Selbstfinanzierung im Moment und in Zukunft ungenügend ist. Das heisst, wir geben mehr Geld für Projekte aus, als dass wir uns selber erwirtschaften können. Darum führt dies zu einer tiefen Selbstfinanzierung. Ich denke, das ist nichts, worüber man jetzt überrascht ist. In dieser Folie haben wir versucht, die Schulden im Finanzplan 2022 mit dunkelblau darzustellen. Wir haben sie mit den Schulden gemäss unserem aktuellen Aufgaben- und Finanzplan gegenübergestellt. Man sieht, dass es immer noch ein Anstieg gibt, aber nicht mehr der deutliche Anstieg, wie wir noch im letzten Jahr davon ausgegangen sind. Warum ist dies so gekommen? Man sieht gut, wir haben zwei Effekte. Im Jahr 2022 und 2023 haben wir profitiert von eigentlich recht guten Abschlüssen. Das hat eigentlich dazu geführt, dass wir uns im 2022 weniger verschuldet haben, als wir gedacht haben. Im 2023 hat es einfach zu einer massiven Ergebnisverbesserung beigetragen. Anders gesagt,

viele Probleme wären gelöst, wenn man das 2/3 Jahre, wie das Jahr 2023 hätte. Aber davon können wir nicht ausgehen, aber es hat uns mindestens geholfen und wir sind dankbar, dass wir das haben, weil es doch den massiven Anstieg etwas bremst.

Zusammenfassend haben wir bereits Ende 2022 eine bessere Ausgangsbasis gehabt mit dem super Abschluss, das haben wir letztes Mal zur Genüge kundgetan. Die Rechnung 2023 wird auch besser aussehen, dies kann man jetzt sagen. Wir stehen im Moment bei einem operativen Ergebnis von plus CHF 250'000. Wir hatten ein Minus prognostiziert. Wenn man die Steuerhochrechnungen anschaut, sieht es erfreulich aus. Aber es sieht nicht so erfreulich aus wie letztes Jahr, muss man auch fairerweise sagen. Wir werden einfach ein wenig besser sein, aber nicht so massiv wie letztes Jahr. Im Beruf bin ich es gewohnt, dass man immer noch einen Disclaimer bringen muss, wenn man sonst an diesem vorzugsweise aufgehängt wird, sozusagen. Der Disclaimer ist, wir haben das letzte Jahr am Schluss den starken Anstieg gehabt, also in den letzten ein bis zwei Monaten. Wir haben keine Indikation, dass dies dieses Jahr auch so sein könnte. Aber ich kann auch nicht 100% sagen, dass es nicht passieren könnte. Das heisst jetzt viel und nichts. Ich gehe davon aus, dass es nicht passiert, um hier etwas klarer zu sein. Aber der Disclaimer ist platziert.

Der Aufgaben- und Finanzplan, das ist vielleicht auch etwas, das ist eine rollende Planung für den Gemeinderat. Man hat auf Wunsch des Einwohnerrats vor ein paar Jahren beschlossen, dass man mehr oder weniger alles Mögliche im Sinn von einem Wunschzettel aufnimmt, was alles kommen könnte. Es ist Sache des Gemeinde- und Einwohnerrates, den Wunschzettel zu priorisieren, also hier werden noch Sachen hinausfallen. Das wäre es gewesen, zum Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde. Wenn wir zur Spezialfinanzierung kommen, ist es so, dass wir dort die Gebühren 2024 unverändert lassen werden. Den Gebührenabtausch werden wir auch noch einmal abwarten. Beim Abwasser stehen grössere Ausgaben an für den GEP2 (Generelle Entwässerungsplan 2). Wir haben einen ersten Draft erhalten, das müssen wir prüfen. Die Wasserkommission ein beziehen und so weiter. Wenn wir das haben, dann haben wir mehr Evidenz, was wir auf der Gebühreseite bei Wasser und Abwasser machen müssen. Das ist klar. Beim Abfall ist es so, dass wir noch das Thema Postulat von der SVP-Fraktion, zentrale Entsorgungsstelle haben. Wir gehen davon aus, dass im nächsten Jahr etwas kommt. Wir haben es aber noch nicht hineingenommen. Der Aufgaben- und Finanzplan wie auch das Budget ist anfangs Sommerferien oder kurz nach den Sommerferien erstellt worden und die neuesten Erkenntnisse aus der Datenflut des Postulats sind später eingetroffen.

Anand Keshava: Der Finanzplan ist so, wie er ist. Wir haben uns hauptsächlich auf das Budget konzentriert und ich finde, persönlich und allgemein kann man dazu sagen, es ist rudimentär. Es sind Hochrechnungen, aber es fliesst nicht so viel Planung hinein, also was wirklich in den nächsten Jahren passieren wird. Was auf der Einnahmenseite passieren wird und wie man damit arbeitet. Das sind Annahmen. Darum finde ich, das muss man wirklich mit Vorsicht genießen. Wir haben es ja auch gehört, mit allem Möglichen einmal einfach hineintun und auch die Schuldsituation. Da wissen wir eigentlich gar nicht, ob das wirklich so schlimm ist, wie es darin ist. Dann haben wir auch das Postulat gehabt zum Schuldenabbau. Woraus wir eigentlich bis zum 30. Juni 2023 hätten Massnahmen, Analysen daraus haben sollten. Die Einnahmenseite hätte man auch anschauen sollen, das ist aber alles nicht gemacht worden und ist auch nicht eingeflossen. Dies ist ein bisschen schade, denn es hätte sicher zu Verbesserungen führen können.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2028 zur Kenntnis genommen. Wir sind positiv überrascht über das zu erwartende Ergebnis im 2023 mit einem Plus von CHF 250'000. Im Grossen und Ganzen jedoch sind wir weiterhin besorgt. Die Prognosen werden mit einem Wachstum der Bevölkerung von jährlich 25-50 Personen pro Jahr gemacht. Nächstes Jahr wird Obersiggenthal die Marke von 9'000 Einwohner knacken. Der Steuerfuss von 110% wird weiterhin für alle Planjahre belassen. Ich habe letztes Jahr gesagt, dass dies ein Zeichen an die Bevölkerung ist, die Einnahmen und Ausgaben der weiteren Jahre mit diesem Steuerfuss zu stemmen. Wirklich realistisch sehen wir dies aber nicht im Hinblick auf die geplanten Defizite der nächsten Jahre bis 2028. Dank dem ausserordentlich guten Ergebnis

2022 konnte die Nettoschuld je Einwohner um CHF 300 auf CHF 1'485 gesenkt werden. Durch die hohen Investitionen aber, die momentan mit Schulhausneubau und der Teuerung von CHF 900'000 und der Sanierung von Hallen- und Gartenbad laufen, steigt die Nettoschuld pro Einwohner an auf über CHF 3'000. Der noch gesunde Höchstwert der Verschuldung liegt bei CHF 2'500 pro Einwohner. Wir bewegen uns also auf ein ungesundes Mass hin. Obersiggenthal ist dadurch gezwungen, weitere Kredite pro Jahr von CHF 10 Mio., CHF 9 Mio. und CHF 6 Mio. usw. zusätzlich aufzunehmen. Das Zinsumfeld ist bekanntlich gestiegen und neue sowie bestehende Kredite werden das finanzielle Ergebnis zusätzlich belasten. Die Steuereinnahmen werden stabil bis steigend prognostiziert. In den vergangenen Jahren sank die Steuerkraft laufend. Obwohl der Steuerfuss mehrmals nach oben angepasst wurde, blieben die Steuereinnahmen auf gleichem Niveau. Es ist sehr zu hoffen, dass die Einnahmen wie geplant stabil bleiben oder sogar an Kraft wieder zulegen. Dies kann mit Arealentwicklungen z.B. im Schild Ost oder Zackenbarsch in Rieden beeinflusst werden und hängt sehr von der Behördentätigkeit von Obersiggenthal ab. Das grösste Potenzial von guten Steuerzahlern liegt in den Arealentwicklungen.

Eine aussagekräftige Strategie des Gemeinderats zum Schuldenabbau fehlt meiner Meinung nach, noch immer. Obersiggenthal braucht einen Horizont, um die Verschuldung wieder kontinuierlich abzubauen.

Ich wiederhole meine jährliche Schlussfolgerung:
Auf den Punkt gebracht kann man sagen:

- Wir haben viele Investitionen
- Die Verschuldung nimmt zu
- Die Steuerentwicklung ist positiv
- Es fehlen zahlungskräftige Steuerzahler
- Der Steuerfuss von 110% ist auf die Dauer nicht realistisch
- Uns fehlt der Horizont, wie wir die Schulden wieder abbauen können.

Ich beende mit der bekannten Frage: Was möchten wir uns in Obersiggenthal leisten und was sind wir bereit, dafür zu bezahlen?

Ulrich Meier: Auch wir haben den nachgeführten Aufgaben- und Finanzplan der Fraktion besprochen und auch zur Kenntnis genommen. Wie von Peter Marten vorher erklärt und ersichtlich, ist an der Langfristplanung nur wenig geändert worden. Peter Marten hat das schön erklärt. Den nächsten Punkt hat er eigentlich auch gut erklärt, betreffend der Verschuldung gegenüber den Vergleichen im Vorjahr. Daniela Graubner hat es vorhin gesagt, dass die Verschuldung zwar hoch ist, aber erfreulicherweise muss man sagen, absolut hat sie abgenommen und das finden wir erfreulich. Auch sonst finden wir, dass der Plan gut nachvollziehbar ist und für uns auch stimmt. Worauf wir aber das Augenmerk legen sollten, das ist bei der Selbstfinanzierung, das ist auch etwas, das Peter Marten vorher erklärt hatte und auch schön darauf hingewiesen hat, wie sich das auswirkt. Traditionsgemäss hat die Mitte-Fraktion auch die Eigenwirtschaftsbetriebe etwas detaillierter angeschaut und besprochen. Da sind wir, wie auch bereits schon seit einigen Jahren angemerkt, der Ansicht, dass allfällige Gebührenanpassungen, wenn sogar teilweise auch Reduktionen möglich sind, nun endlich geprüft und umgesetzt werden sollten. Was wir hier noch aufgeschrieben haben ist, im Fiko-Bericht ist noch erwähnt, dass es noch viele offene Kreditabrechnungen hat und darauf hingewiesen worden ist. Der Rückstand sollte eigentlich abgebaut werden, damit die Projekte entsprechend aktiviert und auch abgeschrieben werden können. Darum bitten wir Euch, dafür zu schauen.

Christan Blum: Auch wir haben das ausgiebig diskutiert. Der Aufgaben- und Finanzplan spricht für sich selber. Wenn man sich die Zahlen und die Diagramme anschaut, dann sieht man deutlich, dass die Verschuldung dramatisch steigt. Gleichzeitig muss man aber sagen, es gibt viele Unwägbarkeiten, also das Zinsumfeld in der Wirtschaft, wie sich das alles entwickelt. Es ist relativ unklar, deswegen denke ich, müssen wir diesen Plan sicher mit Vorsicht geniessen, also es ist nicht so, dass wir ihn jetzt für bare Münze nehmen können. Sondern es läuft eigentlich

darauf hinaus, dass wir uns ein Stück weit, Jahr für Jahr, vortasten, also wie, wenn man mit dem Auto durch dichten Nebel fährt und langsam fährt, muss man genau hinschauen. Ich gehe nicht davon aus, dass es sich genauso abspielen wird, wie wir es heute gesehen haben. Ich habe auf einer S-Bahn-Fahrt den Plan noch einmal ausgiebig angeschaut und ich bin zu dem banalen Schluss gekommen, dass wir eigentlich das Jahr 2026 nehmen müssten als den Peak von der Verschuldung. Also bis dahin kann man eigentlich gar nicht allzu viel machen, das heisst, durch die Gegebenheit, die wir jetzt haben, dass die Verschuldung ansteigt, aber eigentlich müssten wir versuchen, dass man dann "die Kurve kratzt" und die Verschuldung mit Tendenz nach unten reinhängt. Wie man das schafft, das ist nicht zu diskutieren. Seien das Sparmassnahmen auf einer Seite oder halt durch Neuerungen auf der Einnahmenseite. Zum Abschluss: Die Herausforderung ist auf jeden Fall, wie bauen wir die Schulden ab, ohne dass man die Investitionen staut. Es ist natürlich relativ einfach. Wenn man sich einmal die Investitionsplanung anschaut, dann kann man einfach mit dem dicken Rotstift durchgehen und alle Probleme sind gelöst aber die Probleme sind dann einfach 10 Jahre später, wenn die Bauten in sich zusammenfallen und die Strassen alle nicht repariert sind. Also ist sicherlich hier wichtig, ein gesundes Mittelmass zu finden, dass man nicht zu früh und nicht zu spät investiert.

Sandra Hehli: Wir bedanken uns bei der Verwaltung für die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans 2024 – 2028. Die SVP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan 2024 – 2028 besorgt zur Kenntnis genommen wie schon in den Vorjahren.

Uns fehlen immer noch gute zahlungskräftige Steuerzahler. Das sagen wir alle Jahre. Wenn man die Nettoschulden bis ins Jahr 2028 von knapp CHF 32 Millionen anschaut, dann wird es einem fast schlecht. Ja, es ist wirklich besorgniserregend. Die Verschuldung nimmt zu, der Aufwand kann kaum reduziert werden. Der Immobilienwert ist im Moment auf ca. CHF 125 Mio. Da kommen auch noch Kosten aus Renovationen auf uns zu. Die Zinsen sind nicht am Sinken wie in den Vorjahren, sondern, wie uns allen bewusst ist, leider am Steigen. Im Aufgaben- und Finanzplan fehlt uns auch die Bauteuerung, welche in etwa um 15% steigen wird. Die Sanierung des Hallen- und Gartenbades Obersiggenthal, welche ja nun gestartet ist, wurde auch nicht mit einer Bauteuerung angepasst. Da hoffen wir wirklich einmal nach Aussagen vom zuständigen Gemeinderat, dass wir mit diesen Kosten auf Kurs bleiben und uns kein böses Erwachen erwartet. Ehrlich gesagt, habe ich da meine Zweifel. Uns ist schon klar, dass der AFP ein Planungsinstrument ist, bei welchem die Entwicklungsprognosen schwer zu beurteilen sind. Der Aufgaben- und Finanzplan ist aus unserer Sicht zu vorsichtig umgesetzt worden. Wir sind gespannt, ob wir bis im Jahre 2028 mit diesen hohen Investitionen bei einem Steuerfuss von 110% bleiben können. Für mich ist dies nicht realistisch. Den AFP nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis.

Mia Jenni: Zum Glück gibt es noch die SP-Fraktion, die eine andere Richtung hat im Votum. Zuerst einmal möchten wir uns von der SP-Fraktion für die ausführliche und verständlich geführte AFP bedanken. Gerne möchte ich mit diesem Votum auch an unser Votum vom letzten Jahr und wahrscheinlich auch von den vorherigen Jahren ein bisschen anknüpfen. Wir begrüßen es sehr, dass möglichst alle Ausgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, aufgelistet worden sind. Es zeigt aber auch, dass es sich beim AFP um ein Übersichts- und Planungsinstrument handelt und dass eben alle möglichen Ausgaben enthalten sind. Uns allen hier muss klar sein, dass es, je weiter es in die Zukunft geht, um so volatil wird. Wie volatil es ist, zeigt sich auch im Vergleich des AFP dieses Jahres mit dem AFP des letzten Jahres. Die Differenz ist relativ gross. Wahrscheinlich auch, weil sich der Jahresabschluss von 2022 als so super erwiesen hat und auch das 2023 positiv aussieht. Klar, es ist wahrscheinlich nicht der gleiche Abschluss zu erwarten wie 2022. Darum, ein AFP ist mit Vorsicht zu geniessen und man darf es eben nicht als angstmachendes Instrument vor einer zu hohen Verschuldung benutzen. Für uns als Fraktion ist es von Interesse, dass der Steuerfuss momentan gleichbleibt, weil es unserer Gemeinde finanziell, und das sollte man auch einmal sagen, eigentlich wirklich nicht so schlecht geht. Wir sind am Wachsen. Was auch zu beobachten ist: Jedes Jahr wird der Aufwand vollumfänglich abgebildet und beim Ertrag ist man immer sparsam, was natürlich dazu führt, dass man bei den Ausgaben doppelt und dreifach prüft und nach hinten verschiebt, statt in Richtung von Visionen und wohin soll sich die Gemeinde entwickeln, schaut,

wenn wir schon so einen Bevölkerungszuwachs haben. Es wäre einmal spannend, einen AFP zu haben, der die positiven operativen Ergebnisse des letzten Jahres und wahrscheinlich auch dieses Jahres etwas abgebildet werden. In jedem anderen Jahr würde ich die Ausrichtung noch etwas stärker kritisieren, allerdings ist uns natürlich auch klar, in welchem Zinsumfeld wir uns bewegen und dass gewisse Kostenexplosionen, nennen wir sie jetzt mal so, bei den Baumaterialien oder Bauaufwänden, nicht abgebildet sind. Darum fällt unser Votum auch ein wenig anders aus. Wir fordern vor allem dazu auf, dass man schaut, dass in Obersiggenthal keine Lebensqualität verloren geht. In diesem Sinne danken wir noch einmal für die Arbeit am AFP und hoffen auf verschiedenen Ebenen auf Weitsicht, im Sinn der Bürger der Gemeinde Obersiggenthal und würden gern ein solch weitgehender AFP auch einmal am Platz für Visionen sehen.

Peter Marten, Gemeinderat: Bezüglich Kreditabrechnung ist es so, dass wir das mit der Fiko eingehend besprochen haben. Wir haben der Finanzkommission auch gesagt, wie wir vorgehen wollen. Ich würde gern den restlichen Rat auch daran teilhaben lassen. Es ist das Bestreben, dass wir das, trotz den diversen Vakanz, jetzt anpacken. Das heisst, wir, vor allem Bernhard Wehri, mit ein wenig meiner Hilfe, wollen wir diese nun anpacken. Es ist unsere Idee, dass man dem neuen Leiter Tiefbau nicht eine entsprechende Arbeitslast als Begrüssungsgeschenk zur Verfügung stellen wollen, sondern dass wir das anpacken und lösen wollen. Wir sind es uns bewusst; wir packen es an und der Ball ist jetzt bei uns.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es ist das Wort Schild Ost gefallen, damit die Behörden tätig werden. Ich kann Ihnen sagen, die Behörde ist tätig geworden. Das Verfahren ist im Moment noch beim Regierungsrat hängig. Den Entscheid haben wir erhalten. Ich weiss aber nicht genau, wann er rechtskräftig wird. Dies zur Information.

Keine weitere Wortmeldungen

Der Aufgaben- und Finanzplan 2024 – 2028 wurde zur Kenntnis genommen.

6 2023/15 Budget 2024

Eintreten nicht bestritten.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich stelle Ihnen gerne das Budget 2024 vor. Ich möchte anhand der Traktandenliste gehen und steige bei der Ausgangsbasis ein.

Die Ausgangsbasis ist gewesen, dass wir einen super erfreulichen Rechnungsabschluss 2022 gehabt haben mit einem Ertragsüberschuss von fast CHF 5.9 Mio. Wir haben im 2023 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 341'000 gerechnet und wir gehen momentan operativ gesehen von plus CHF 250'000 aus, also das heisst, rund CHF 600'000 besser als wir es im letzten Jahr budgetiert haben.

Wir gehen im 2024 davon von einem operativen Ergebnis von minus CHF 374'000 aus. Das Ergebnis von der Investitionsrechnung ist bei CHF 5.33 Mio., Selbstfinanzierung CHF 2 Mio., das gibt einen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 3.2 Mio. Es wurde kritisiert, wieso das operative Ergebnis nicht 0 ist. Eine schwarze 0. Wieso es CHF 374'000 ist. Es ist die Folge der Kosten die wir sehen, welche wir aus Sicht des Gemeinderates ausgeben müssen und wollen. Es ist die Folge von diversen Sonderposten, auf welche ich nachher im Einzelnen eingehen will. Ich werde dann auch noch etwas Persönliches dazu sagen.

Wo geht das Geld hin? Dies ist eine Folie, welche mein Amtsvorgänger aufgelegt hat, es ist eine Folie, welche im Gemeinderat auch sehr wichtig ist. Sie zeigt an, wo das Geld hineinfließt und man sieht, der grösste Teil von unseren Geldern fließt in die Bildung, 34%, also CHF 34 ungerade von einer Hunderternote, gefolgt von der nationalen Sicherheit mit CHF 21 sowie den anderen Posten. Nach einem solchen guten Jahr muss man sich fragen, warum ist denn jetzt das Ergebnis nicht besser? Nun haben wir das letzte Jahr CHF 5 Mio. vorwärts gemacht. Wir haben einen Aufwandüberschuss gehabt von CHF 341'000, budgetiert dieses Jahr. Ich hatte gesagt, wir stehen jetzt schon bei einem mutmasslichen Überschuss im operativen Ergebnis von CHF 250'000. Was sind die Gründe?

Wenn man zu den Gründen gehen will, muss man schauen, was die Auslöser waren, dass man das letzte Jahr überhaupt ein so gutes Ergebnis hatte. Wir haben ja als Aufgabe bekommen, ich weiss gar nicht mehr, wer uns überhaupt alle Aufgaben gibt, es sind so viele Aufgaben, dass ich manchmal den Überblick verliere. Ob es die Fiko war oder der Einwohnerrat oder einfach genannt worden ist. Anyway, wir haben einmal geschaut, wie es mit den Steuern aussieht. Wir haben versucht, eine Analyse zu machen. Warum haben wir eine solch grosse Abweichung des Budgets zur Rechnung 2022 gehabt? Das haben wir das letzte Mal noch nicht so detailliert darstellen können. Wir haben einerseits vorsichtig budgetiert. Wir sind aus Corona gekommen, das haben wir das letzte Mal schon gesagt, und das hat sicher auch durchgeschlagen. Andererseits hatten wir einen viel besseren Veranlagungsstand als wir vorher gehabt haben. Aber dieser Veranlagungsstand ist schon relativ hoch, dieser Effekt kommt nicht noch einmal. Wir haben Zuwanderungsgewinne, Zuzüge und Wegzüge. Hier haben wir jetzt eher profitiert. Es ist so, dass Leute, welche wegziehen, das Steuersubstrat mitnehmen. Leute, welche dazukommen, bringen ein Steuersubstrat mit. Ist das Steuersubstrat grösser, welches dazukommt, reden wir von einem Zuwanderungsgewinn. Wir haben hohe Nachträge von den Vorjahreswerten gehabt, das hat auch recht eingeschlagen. Höhere Quellensteuern usw. Das ist einmal ein Teil der Analyse zu den Steuern.

Der zweite Teil der Analyse braucht dafür eine gewisse Spannkraft. Ganz links auf der Skala gibt es an, wie viele Steuerpflichtige sich verändert haben in ihrer Kategorie. Dann hat es in der Mitte der Skalierung, auf welcher man das steuerbare Einkommen CHF 0 – CHF 20'000 sieht und dann geht es in gewissen Schritten weiter. Wir haben versucht, dies vom 2020 in das Jahr 2021 darzustellen, weil man die Zahlen erst mit einem Jahr Verspätung bekommt. Wir wollten schauen, wieviel Steuerpflichtige aus einzelnen Kategorien quasi herausgefallen oder in anderen Kategorien dazugekommen sind. Man wollte also schauen, ob man bei höheren Einkommensklassen einen Shift gehabt hat oder wie es aussieht. Diese Analyse ist nicht perfekt, aber sie ist besser als Annahmen. Wir haben geschaut, wo wir hier stehen und man sieht eigentlich einen Trend, dass wir eine Verschiebung von den, ich sage mal, unteren drei Einkommensklassen in die Einkommensklassen von etwa CHF 60'000 – CHF 80'000 steuerbares Einkommen gehabt haben. Wir haben noch andere Verschiebungen gehabt. Oben hinaus sind auch noch ein paar mehr gegen rechts verschoben. Ich sage tendenziell, je mehr es gegen rechts verschiebt, desto besser ist es für uns, also von den Einkommensklassen her. Ich versuche, politisch korrekt zu sein. Entschuldigung. Es wäre für die Finanzen natürlich gut, wie gesagt, wenn es einkommensmässig in die andere Kategorie verschiebt, aber es ist natürlich auch klar, dass es nicht linear ist, dass jede Einkommensklasse immer nur gegen rechts verschiebt, sondern es kann auch gegen links verschieben, das heisst, in eine tiefere Einkommensklasse kommen. Aber sie bestätigt eigentlich das, was wir vermutet haben, was sich gezeigt hat. Das ist uns auch klar, das ist eine Fotoaufnahme von 2020 auf 2021. Man müsste dann da auch noch schauen, ob wir in diesen Verschiebungen auch die Spezialfälle enthalten haben. Aber es gibt uns doch einmal ein Gefühl, dass wir sagen können, tendenziell, die Basis der höheren Einkommen hat sich verbessert.

Wenn wir bei den Steuern weitergehen, haben wir bei den allgemeinen Gemeindesteuern eine Prognose von CHF 27.5 Mio. Wir haben hineingenommen, was haben wir im Budget 2023 gehabt, was haben wir gehabt in der Rechnung 2022. Die Rechnung 2022 habe ich nun vorher mit der Folie mit den Spezialfaktoren zu erklären versucht. Darum ist das jetzt vielleicht nicht unbedingt die Ausgangsbasis, die wir übernehmen können, sondern wir haben uns eher

am Budget 2023 angelehnt und gegenüber dem Budget 2023 sind wir doch ein rechtes Stück höher gekommen. Wir haben Sondersteuern auch noch einmal, denken wir, heraufheben können aufgrund der Entwicklungen auf knapp unter CHF 1 Mio. Es ist so, dass wir jeweils vom Kanton ein Schreiben erhalten, welches uns erklärt, wie die Hochrechnungen sind, wie die Steuererwartungen sind. Das wird in Prozent ausgedrückt. Da hat man gesagt, für die natürlichen Personen rechnet man mit 2% mehr Steuerertrag und bei den juristischen Personen mit einer Reduktion von -3%. Wir haben bei den natürlichen Personen eine etwas vorsichtige Annahme im Bereich von 1.8% getroffen und bei den juristischen Personen Reduktion und Erfahrungswerte. Es sind Annahmen. Das ist leider ein Problem, dass niemand hier mit anderen Zahlen kommen kann. Wir stützen unsere Annahmen auf der Entwicklung der letzten Jahre, wie es sich verhalten hat, ab. In Englisch würde man sagen: "Best guess". Es ist aber nicht nur ein "guessing". Wir schauen, wie es sich entwickelt hat und hoffen, dass es stimmt, aber garantieren können wir es in beide Richtungen nicht. Wir sind aber der Meinung, dass wir damit arbeiten können.

Auf dieser Folie sieht man die grössten Abweichungen - suche den Unterschied. Wir sind beim Personalaufwand sicher etwas höher, das hat auch die Fiko festgehalten. Auch der Sachaufwand ist etwas höher, aber ich komme nun im Detail noch auf einzelne Positionen, ohne dass wir uns durch den Zahlensalat hindurchbewegen. Die grössten Abweichungen möchte ich auch nicht in jeder Position einzeln bringen, weil das sollten Sie theoretisch alles im Budget entdeckt haben.

Dann fangen wir mit dem Personal an. Da wollen wir wieder eine Personalbefragung machen. Wir machen dies alle vier Jahre. Für das setzen wir CHF 20'000 ein. Die Konferenzsteuer wird ja noch kommen. Wir haben die Anschaffungen bei der Feuerwehr, welche anstehen sowie was speziell ist, ist Zivilschutz, ist auch eines meiner Lieblingsthemen. Der Grosse Rat hat beschlossen, dass wir einen Einführungstag machen für den Zivilschutz oder mehrere, das ist ja löblich und dass da auch Blaulichtorganisationen teilnehmen sollen. Es ist einfach so, dass die Blaulichtorganisationen dort teilnehmen, aber sie können nicht die Leute direkt werben, das müssen sie separat machen. Die bahnbrechenden Fortschritte in der Werbung führen dazu, dass wir als Gemeinde CHF 56'000 Mehraufwand haben. Ich bin gespannt, wenn Ende 2024 die Zahlen der Neueintritte vorliegen, dann sollte man anfangen, es auf diese Werbekosten hinunter zu brechen und vielleicht schauen, ob das beim Marketing anders hätte eingesetzt werden können. Das ist einfach ein Beispiel, da kommt der Kanton, also der Grosse Rat führt es auf Antrag des Kantons ein und wir zahlen CHF 56'000 mehr und die CHF 56'000, wenn wir ein ausgeglichenes Budget haben wollen, müssten wir jetzt wieder irgendwo einsparen.

Die anderen Sachen wie gehabt, Schulanlagen, Hochbauten haben wir dieses Mal relativ viel für Unterhalt enthalten. Wir haben das bewusst gemacht. Der Unterhalt der Schulanlagen wird nicht vernachlässigt, aber wir haben gewisse Sachen immer wieder tendenziell etwas geschoben und wir haben nun einfach bei diesem Budget gesagt, schieben ist im Endeffekt nicht gespart. Gespart ist, wenn ich es nicht male, wenn ich es nicht mache. Ich sage, ich mache es nächstes Jahr, dann habe ich im Moment das Geld nicht ausgegeben, aber gespart ist es nicht, weil es im nächsten Jahr gemacht werden muss. Ausser ich schiebe es so oft, dass ich es wirklich nicht mehr mache, dann ist es gespart. Dies ist ein anderes Thema. Wichtig auch hier, der Defizitbeitrag Hallen- Gartenbad ist CHF 200'000 höher, das hat den Grund, was Peter Stucki gesagt hat, mit den verschiedenen Öffnungszeiten, wann steht was zur Verfügung; das hat Auswirkungen auf das Kurswesen. Wir haben dort weniger Erträge. Man kann Kurse nicht gleich anbieten etc. Das schlägt einfach in einem höheren Defizitbeitrag zu Buche. Das kommt nicht überraschend, das ist klar gewesen. Für diejenigen, die rechnen wollen, das wird ziemlich sicher auch im Budget 2025 passieren, weil es ja zwei Jahre dauert, wie wir gesagt haben. Pumptrack OBSI-Trail: Da ist der Gemeinderat bereit, die zwei Projekte zu unterstützen. Pumptrack mit CHF 20'000, OBSI-Trail mit CHF 10'000. Die Pflegefinanzierung, Mehrkosten werden zum Teil etwas durch die Spitex kompensiert. Die anderen Sachen können wir dort lassen. Vielleicht noch speziell ist unten Honorare Projekterarbeitungen. Ich habe gesagt, einmal in der Presse war das, glaube ich, das ist jeweils eine "two on eye-Diskussion". Erarbeitet man zuerst ein Projekt, wenn das Projekt bewilligt wird, fliessen die Projektkosten

über das Projektkonto und laufen dann dort. Sie sind dann nicht in der laufenden Rechnung. Wenn man ein Projekt erarbeitet, braucht man aber Geld. Wenn man kein Geld hat, kann man theoretisch kein Projekt erarbeiten – praktisch, das können andere besser sagen. Man hat jetzt hier einen Betrag eingesetzt, damit man Projekte erarbeiten kann. Wenn die Projekte kommen, werden die Aufwände aber auf das Projekt umgebucht und entlasten wieder die Erfolgsrechnung. Vorher hatten wir CHF 56'000 und jetzt CHF 52'000, das ergibt schon CHF 108'000.

Der baulicher Unterhalt, das ist in der Mitte, haben wir im Budget CHF 828'000 gegenüber CHF 633'000 in diesem Jahr gegenüber CHF 500'000 – CHF 600'000 in den letzten Jahren, also deutlich mehr. Ganz eine einfache "Milchbüchlirechnung", wir haben rund CHF 200'000 mehr im baulichen Unterhalt enthalten, plus CHF 56'000 und die anderen CHF 50'000, das sind rund CHF 300'000. Also das operative Negativergebnis von CHF 377'000 haben wir nun fast schon zu rund CHF 300'000 erklärt. Das zum Thema der operativen Null.

Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser: Hier sind wir beim Wasser Ertragsüberschuss CHF 268'000, beim Abwasser Ertragsüberschuss CHF 85'000, Abfall ein leichtes Minus, ein Aufwandüberschuss von CHF 29'000. Da haben wir vorher schon gesagt, dass dies das nächste Jahr angepackt wird. Dass wir hier mit einer Überarbeitung kommen und je nachdem, wie sie ausfällt, lassen wir diese Tarife dann auch vom Preisüberwacher vernehmlassen.

Das wären die Ausführungen zum Budget. Aus unserer Sicht ist es ein gutes Budget. Ein Okay-Budget. Kein reales Budget. Ich kann als Finanzminister gut damit leben. Der Rest des Gemeinderates, glaube ich, auch.

Christoph Villiger, Präsident: Bevor wir zur Stellungnahme der Fiko kommen, könnt ihr gerne die Gelegenheit nutzen und Fragen stellen.

Markus Renggli: Ich habe eine Verständnisfrage zu dieser Folie. Wenn man die Säulen links zusammenzählt, das sind absolute Zahlen. Anzahl Personen, Steuerzahler, die die Kategorie wechseln. Gesamthaft, wieviel Steuerzahler haben wir? Wären das bei den oberen Klassen zwei, drei und unten sind es vielleicht 40 -50? Aber die grosse Masse ist in diesem Fall unverändert, oder? Oder lese ich diese Folie falsch?

Peter Marten, Gemeinderat: Ja. Das sind die grösseren Verschiebungen, die wir gehabt haben. Absolut sind es wenige, die wir hatten, die aber etwas ausmachen. Wir hatten, glaube ich 1'700 Steuerzahler, die links sind. Gesamthaft sind es 5'100.

Markus Renggli: Sind dies Einzelpersonen oder Ehepaare? Was wird gerechnet, wenn jemand heiratet, dann verschiebt es natürlich aus zwei einzelnen Tiefverdienern zu einem Grossverdienerpaar oder umgekehrt, wenn jemand Mutter wird, dann arbeitet sie vielleicht reduziert oder nicht mehr und dann verschiebt sie in die andere Richtung. Aber schlussendlich, wie ich jeweils lese, sind die allermeisten Angestellte oder Lohnempfänger. Dort müsste es ja erhebliche Lohnerhöhungen geben, wie das zum Teil jetzt beantragt wird, aber sonst variiert das ja nicht sehr. Diese Säulen täuschen etwas, habe ich das Gefühl, über die wirkliche Entwicklung. Also, dies ist ein Aspekt, aber es spiegelt nicht die grosse Masse, oder?

Peter Marten, Gemeinderat: Ich habe gesagt, es ist eine Erklärung. Es ist nicht die Erklärung, aber es ist eine Erklärung, und es untermalt das Bild, wo wir gesagt haben, dass wir gewisse Verschiebungen haben. Nun müsste man noch ausrechnen, wieviel das unter dem Strich ausmacht. Es hat ja auch noch Rechtsverschiebungen gegeben, wo es vielleicht auch noch etwas ausmacht. Es gibt einfach noch eine gewisse Tendenz an. Man müsste das dann auch noch, ich bin nicht Mathematiker, andere können das besser, schauen, wieviel hat man in welchen Kategorien, bei welchen sich nichts bewegt und welche keinen Einfluss haben usw. Ist das ein Sonderfaktor. Es gibt einfach einmal eine Indikation an. Das ist das, was ich versucht habe, zu sagen, es sollte eine beitragende Erklärung sein.

Christoph Villiger, Präsident: Noch kurz zum Ablauf des Budgets: Wir werden jetzt die Kommentierungen der Fiko zum Budget noch hören. Dann werde ich zu den Fraktionsmeinungen gehen, und zwar generell. Es sollten explizit noch keine Anträge kommen. Dann zu den Einzelvoten oder generellen Aussagen, keine Anträge und dann werden wir das Budget noch einmal gemeinsam durchgehen nach Funktionen gegliedert, das werden wir vorher aufgebündelt haben und allfällige Anträge inkl. der Fiko-Anträge müssen dann beim entsprechenden Konto adressiert werden. Am Schluss werden wir die Eigenwirtschaftsbetriebe des Budgets, das wir auch bekommen haben, auch noch zusammen anschauen und ganz am Schluss gibt es eine Schlussabstimmung über das Budget mit Einbezug dieser allfälligen Änderungen.

Anand Keshava, Präsident Fiko: Wir danken der Finanzabteilung und dem Gemeinderat ganz herzlich für die Erstellung des Budgets 2024. Es ist sehr detailliert. Wir wissen, es ist sehr viel Arbeit und auch sehr gut gemacht worden und gut nachvollziehbar. Eigentlich hatten wir eine sehr gute Ausgangslage für das 2023. Wir wissen, wir hatten einen sehr guten Abschluss 2022. In den letzten Jahren hatten wir Steuererhöhungen gehabt, welche es in anderen Gemeinden nicht gegeben hat und somit deutlich höhere Steuereinnahmen. Somit sind die Einnahmen viel höher als im letzten Jahr und auch wie in anderen Jahren.

Glücklicherweise sind die Erträge CHF 1.7 Mio. höher als 2023 budgetiert, dafür ist dem Gemeinderat und allen Verantwortlichen ein Lob auszusprechen. Nur leider wurden die gesamten Mehreinnahmen wieder verplant. Zufälligerweise sind die Ausgaben also auch um CHF 1.6 Mio. gestiegen.

Wir finden, dass es hier wirklich eine verpasste Chance wurde. Wir hätten der Bevölkerung zeigen können, welche doch jetzt viel mehr Steuern zahlt als noch vor ein paar Jahren, auch den Medien und auch den Angestellten, dass wir eigentlich auch einmal ein ausgeglichenes, positives Ergebnis budgetieren können und auch entsprechend sorgfältig mit Steuergeldern umgehen. Ich bin der Meinung, wenn wir etwas genauer hingeschaut hätten, wenn man eine bessere Priorisierung vorgenommen hätte, hätten wir ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen können. Es hätte ja eigentlich wirklich nicht viel gefehlt.

Der Budgetprozess lief so ab, dass jede Abteilung ihre Wünsche eingab. Seitens Gemeinderats und Finanzabteilung wurden diese aus unserer Sicht zu wenig hinterfragt. Wir glauben, dass man als Gemeinde oder als Gremium, auch in den Abteilungen selber nicht genug kritisch ist und wirklich die einzelnen Positionen hinterfragt. Viele Positionen sind wünschenswerte Ausgaben. Als Fiko müssen wir dies dann prüfen, aber wir haben halt selber nur drei Wochen Zeit und können nicht ins Detail gehen. Darum finden wir eigentlich, dass die Vorgaben strikter sein müssten und es Priorisierungen braucht.

Wir haben aber viele Ausgabepositionen diskutiert und sehr viel gutgeheissen, die Fiko ist ja ein überparteiliches Gremium. Wir haben jetzt gesehen, CHF 30'000 Pumptrack und OBSI-Trail, dann CHF 70'000 für Baumpflege, CHF 100'000 für neue Geräte auf Spielplätzen, CHF 58'000 für neue Küchenschränke im Schulhaus OSOS oder CHF 37'000 für Erweiterungen der Software. Das sind nur ein paar Punkte. Wir müssen auch irgendwo quasi die Auffassung ändern, dass wir hier ein Sparbudget haben, also wir geben viel mehr aus als im letzten Jahr, wir haben nicht gespart, also aus unserer Sicht, das muss man wirklich sagen.

Wir haben aber ein paar Positionen aufgeführt, welche wir streichen können, welche nicht notwendig sind und wir bitten, dem dementsprechend zuzustimmen. Wir haben zwar gehört, die Kreditabrechnungen machen uns Sorgen. Viele davon sind zehn Jahre und älter. Das wird schwierig, die jetzt überhaupt noch abrechnen zu können. Dann muss man als Fiko auch sagen, wenn wir auf einmal plötzlich 20 Kreditabrechnungen auf einmal bekommen, ist es für uns auch nicht eine tolle Aufgabe, alle zusammen weiter zu verarbeiten. Mit den Anträgen kommen wir dann später.

Peter Marten, Gemeinderat: Vielleicht trotzdem noch zwei, drei Bemerkungen, dass hier nicht falsche Irrtümer entstehen. Der Budgetprozess hat begonnen, indem das erste Resultat bei

CHF -1.9 Mio. lag. Wir haben gehört, ungefähr in drei Runden haben wir angefangen, herunter zu streichen, bis wir beim jetzigen Resultat sind, bei CHF -374'000. Wenn ich höre, dass eine Feuerwehr diskutiert, ob sie eine Reparatur provisorisch machen, damit es zwei Jahre hält, oder ob sie es doch recht machen sollen, dann frage ich mich persönlich, ob für jemanden, der bekannt ist, der Sparwille zeigt und dies auch in der Vergangenheit gezeigt hat, ob das der richtige Weg ist, den wir gegangen sind. Wir sprechen von einer Betriebsicherheit. Da geht es nicht um ein wenig reparieren, sondern dann muss man es betriebsicher machen. Ich habe das Gefühl, dass wir durchaus einen grossen Sparwillen in vielen Bereichen haben. Er zeigt sich manchmal etwas stärker, manchmal etwas weniger, aber er ist hier. Aber mittlerweile hat es auch eine Dimension angenommen, wo ich mich schon frage, ob es in die richtige Richtung geht, aber dies ist noch eine persönliche Bemerkung. Wenn ich höre, wir haben nicht gespart. Du hast das Beispiel gebracht, CHF 58'000 für die Küchenmöbel. Es ist ein gutes Beispiel. Sparen, aufschieben oder wirklich sparen. Man muss die Kanten machen, die Türen kann man nicht mehr gut bewegen, es lottert, es ist nicht zeitgemäss. Man kann den Unterricht nicht vernünftig machen. Die Liste ist noch länger. Die Lehrerin dort erklärt mir, dass sie aus ihrem Sack eine Abfallentsorgungsstation gekauft hat. Dass sie gewisse Kühlschränke noch nicht holen konnte, ohne dass man sie hätte bezahlen müssen. Da muss ich sagen, das ist alles sehr gut gespart, das ist alles gut. Aber wenn wir diese CHF 58'000 nicht ausgeben, haben wir nichts gespart. Wir haben sie aufgeschoben. Das ist ein riesiger Unterschied. Gespart ist, wenn wir sagen, wir machen es nicht. Dann ist es gespart. Wenn wir es aufschieben, ist es nicht gespart. Hier haben wir gesagt, wir wollen es nicht aufschieben. Einfach dies noch als Ergänzung, zwischen sparen und aufschieben, dass wir hier differenzieren. Dieses Mal und das ist auch eine Frage des guten Abschlusses, den wir letztes Jahr gehabt haben und des Abschlusses, der sich dieses Jahr abzeichnet, haben wir bewusst auch gesagt, wir wollen ein paar Sachen nicht mehr aufschieben, sondern jetzt machen.

Ulrich Meier: Die Fraktion - Die Mitte hat den defizitären Budgetvorschlag des Gemeinderats zur Kenntnis genommen und möchte sich bei allen Beteiligten für den Einsatz bedanken. Es ist richtig, das ist auch vorher von der Fiko und vom Peter Marten erklärt worden, auch wir hätten gern zumindest ein ausgeglichenes Budget gehabt. Anerkennen jedoch, dass bei unserem Budget einfach viel vorgegebene Ausgaben dabei sind, und darum auch der Handlungsspielraum bei den Aufwendungen irgendwie beschränkt ist. Unter dem Aspekt ist es vermutlich ehrlicher, das Defizit so beim Namen zu nennen, wie es hier auch gerade passiert, als trotz der steigenden Ausgaben der Kosten einfach ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, welches dann hier keine Diskussionen gibt.

Aus unserer Sicht, da auf der Ausgabenseite keine Besserung in Sicht ist, sollte aber auf der Einnahmenseite geschaut werden. Was ich jetzt sehr schön gefunden habe, ist, wie Peter Marten den Teil der Steuern erklärt hat und da habe ich wirklich auch ein sehr gutes Gefühl, dass das angeschaut wurde, aber es gibt unter Umständen auch andere Einnahmenquellen. Ich habe mir notiert, Alterswohnungen, Baurechtszinsen, auch vielleicht als Stichwort, dass man das in Zukunft anschauen und überprüfen geht und neue Geld- oder Einnahmenquellen anschaut.

Die Streichungsanträge der Fiko haben wir auch kontrovers diskutiert und dabei vor allem über die hohe Lohnerhöhung von 3.4% gesprochen. Das Engagement vom Gemeindepersonal in dieser schwierigen Situation würdigt die Fraktion - Die Mitte, aber auf den Blick von der finanziell angespannten Situation unterstützen wir grossmehrheitlich den Antrag der Fiko mit der Erhöhung um 2.4%. Die Anträge vom Mobilitätsbeitrag an das Gemeindepersonal und Vergünstigung von Parkplätzen für das Lehrpersonal ist bei uns sehr unterschiedlich und kontrovers diskutiert worden. Da sind wir wirklich gespannt, was nachher in den Diskussionen herauskommt. Gerne geben wir dann zu diesen Positionen bei den einzelnen Voten unsere Bemerkungen ab.

Kim Grab: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Verwaltungsabteilungen, vor allem bei Bernhard Wehrli und dem Gemeinderat für die Zusammenstellung des Budgets für das Jahr

2024. Ebenso bedanken wir uns bei der Fiko für die aufwändigen Arbeiten und für den kritischen Fiko-Bericht. Das Budget, mit einem Defizit von über CHF 370'000 ist wie jedes Jahr nicht erfreulich. Das Ziel für ein ausgeglichenes Budget ist wieder nicht erreicht worden. Wir sind, wie die Fiko, ebenfalls der Meinung, dass es Kostenpunkte gibt, welche man verbessern kann und somit unterstützen wir grösstenteils die Anträge der Fiko und werden anschliessend dem Budget zustimmen.

Mia Jenni: Auch als SP-Fraktion möchten wir uns ganz herzlich bei allen Beteiligten an diesem Budget bedanken. Sowohl bei der Finanzabteilung als auch beim Gemeinderat und natürlich bei der Fiko bei dieser ausführlichen Prüfung. Wir haben eine etwas andere Analyse. Für uns kommt dieses Budget relativ ausgeglichen daher, vor allem wenn man anschaut, dass das Defizit von CHF 370'000 ungefähr auf einen Ertrag von CHF 35 Mio. kommt, also das ist relativ wenig, vor allem wenn man auch die momentane wirtschaftliche Lage anschaut. Auch, wie man in den letzten Jahren in Obersiggenthal und in vielen umliegenden Gemeinden übrigens, und Kantonen, gesehen hat, dass sehr konservativ budgetiert wird. Man muss mittlerweile fast davon ausgehen, dass es besser als prognostiziert ausfällt. Die Ausgeglichenheit zeigt aber auch, und da möchte ich mich Peter Marten anschliessen, was für Bemühungen der Abteilungen dahinterstecken, sich an diese Vorgaben zu halten und wirklich nur das Nötigste hinzunehmen. Vieles davon sind ja auch gebundene Kosten, auch das wurde bereits erwähnt, bei welchen wir sehr Einfluss darauf haben. Aufgrund von diesen sehr gut sichtbaren Anstrengungen wird SP-Fraktion auch alle Streichungsanträge von der Fiko grossmehrheitlich ablehnen. Das Hinauszögern heisst nicht Kosten vermindern, sondern eigentlich am Schluss dann, eher erhöhen. Die differenzierten Gründe für unsere Ablehnungen der Fiko-Anträge werden wir dann bei den entsprechenden Anträgen vorbringen.

Tomas Nezel: Wir danken vielmals für die Ausarbeitung. Die Arbeit, die dahintersteckt, schätzen wir sehr. Wir von der GLP-Fraktion, bei uns ist die halbe Mannschaft in der Fiko. Wir haben hier eigentlich nicht viel zu ergänzen. Wir halten uns kurz. Wir werden eigentlich alle Anträge der Fiko unterstützen und werden dann unsere Statements stellen.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion bedankt sich herzlich bei Bernhard Wehrli und seinem Team für die übersichtlich und klar strukturierten Unterlagen zum Budget. Das Budget 2024 wird mit einem Steuerfuss von 110% geplant. Der Trend der weiteren Jahre läuft in Richtung Verschuldung, es gibt keine Euphorie für grosszügige Ausgaben. Ein ausgeglichenes Budget ohne Defizit hätten wir uns gewünscht. Wir anerkennen aber die Abwägung zwischen Sparen und Aufschieben und Ausgaben tätigen, um Betriebssicherheit zu gewährleisten. Ebenfalls begrüssen wir, dass das Budget, wie wir gerade von Peter Marten gehört haben, straff gekürzt wurde zur ersten Version. Das hätten wir im Vorfeld, wenn man das anschaut, nicht gesehen. Wir unterstützen mehrheitlich die Anträge der Fiko und werden dem Budget zustimmen.

Christoph Villiger, Präsident: Gibt es Einzelvoten zum Budget 2024?

Keine weitere Wortmeldungen.

Christoph Villiger, Präsident: Wir gehen die Funktionsgliederungen durch. Wenn es einen Antrag zum entsprechenden Konto gibt, bitte vorlesen.

0 Allgemeine Verwaltung

Anand Keshava: Ich habe eine Frage: Der Antrag für die Lohnerhöhung betrifft ja alle Abteilungen.

Christoph Villiger, Präsident: Dies kommt beim ersten Konto des Personalaufwands. Ihr habt den Fiko-Bericht alle erhalten. Da hat es verschiedenste Anträge enthalten. Wir haben einen Antrag, Antrag 1 im Fiko-Bericht, beim Konto 3010.00. Die Lohnerhöhung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal ist auf 2.4% (inkl. 0.4% strukturell) festzulegen. Ich lese gerne die Begründung noch vor: Die Inflationserwartung für 2024 beträgt 1.5% (Quelle BFS). Gemäss Umfrage des KOF steigen die Löhne 2024 im privaten Sektor um 2%. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Löhne des Gemeindepersonals derart stark ansteigen sollen. Es ist zwar korrekt, dass die Inflation in den vergangenen Jahren nicht komplett ausgeglichen werden konnten, jedoch trifft das für viele andere Arbeitnehmende ebenfalls zu. Die Gemeinde hat mit zusätzlichen Stellen (z.B. HR aufgrund der Verwaltungsanalyse und bei der Schulverwaltung) bereits erhebliche Ausgaben beschlossen, um die Mitarbeiterzufriedenheit zu verbessern. Dadurch wurde der finanzielle Spielraum eingeschränkt. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass im Budget 2024 bereits CHF 300 Mobilitätsprämie pro Jahr für jeden Mitarbeitenden vorgesehen sind. Auch wenn diese – wie die Finanzkommission weiter unten beantragt – nicht gewährt wird, glauben wir, dass mit einer Lohnerhöhung von 2.4% (inkl. 0.4% strukturell) immer noch eine überdurchschnittlich attraktive Lösung angeboten wird. Wir würden mit diesem Antrag nun die Fraktionsmeinungen abholen. Zuerst der Gemeinderat.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wie kommen wir nur auf die Idee, 3.4% zu verlangen? Ich kann Ihnen sagen, wie wir darauf kommen. Wir haben im Personalreglement eine Bestimmung drin, welche sagt, wie man den Lohn festsetzt, welche Kriterien dabei massgebend sein sollen. Da ist einmal zum Ersten, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gemäss Landesindex. Dann die allgemeine wirtschaftliche Situation, dann haben wir die finanzielle Situation der Einwohnergemeinde sowie die Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Wie sieht dies jetzt bei uns aus? Ich gebe zu, 3.4%, das tönt nach viel. Aber man muss dies in Kontext setzen z.B. zu den vergangenen Jahren. Im 2022 haben wir eine Teuerung von 2.8%, ohne strukturelle Lohnerhöhung hat das Gemeindepersonal 0% Lohnerhöhung bekommen. In diesem Jahr sind wir bei 2.4% und wir haben letztes Jahr um diese Zeit 1.4% beschlossen. Das Personal war mit diesen 1.4% einverstanden. Sie waren einverstanden, weil sie gesehen haben, dass die Gemeinde ein Defizit hat. Sie haben gesagt, ja wir tragen dies mit. Jetzt sind wir gefordert, die Solidarität, die wir erfahren haben, zurück zu geben. Jetzt, in dieser Situation, in der wir sehen, dass wir im letzten Jahr sehr viel positiver abgeschlossen haben. Ich bin der Meinung und der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir jetzt dem Personal, welches die Teuerung unausgeglichen mitgetragen hat, einen Teil zurückgeben müssen. Die wirtschaftliche Situation ist nicht, da kann man geteilter Meinung sein, die Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Ich weiss, ich habe diesen Ausdruck schon mehrfach gebracht: Fachkräftemangel. Aber gerade in der Gemeindelandschaft ist es so, dass es, je länger, je schwieriger wird, gute Leute zu bekommen und schon deshalb bin ich auch der Meinung, dass wir da ein Zeichen setzen sollen. Wir alle sehen, dass auch die Krankenkassenprämien steigen. Also, ja, ich bin der Meinung, die wirtschaftliche Situation spricht für sich und der Gemeinderat hält am Antrag auf eine Lohnerhöhung von 3.4% fest.

Stefan Semela: Die FDP-Fraktion unterstützt den Fiko-Antrag einstimmig. Es gibt weder einen Anspruch auf Teuerungsausgleich, noch findet dieser in der Privatwirtschaft statt. Im Jahr 2023 haben gemäss einer Studie fast alle Angestellten mit Ausnahme der Pharmaindustrie Reallohnverluste in Kauf nehmen müssen. Die Privatwirtschaft wird es auch in einigen Betrieben 2024 eine Nullrunde geben oder maximal eine Lohnerhöhung von 2%. Somit ist der Antrag der Fiko auf eine Erhöhung von 2.4% sogar eher an der oberen Grenze der zu erwartenden Lohnerhöhungen für das Jahr 2024. Die Teuerung, wir haben es gehört, wird prognostiziert für das Jahr 2024 mit 1.5%, so dass mit einer Lohnerhöhung von 2.4% auch ein gewisser Ausgleich von Reallohnverlusten der vergangenen Jahre stattfinden wird. Somit unterstützen wir den Antrag der Fiko einstimmig.

May Beyli: Zuerst möchten wir uns herzlich für die wertvolle und sehr geschätzte Arbeit der Fiko bedanken. Wir sehen, dass es eine aufwändige und natürlich nicht selbstverständliche Aufgabe ist. Teilweise ist es auch eine undankbare Aufgabe, mit Streichungsvorschlägen ge-

winnt man keine Blumentöpfe. Dennoch müssen wir Stellung zur Kürzung der geplanten Lohn-erhöhung nehmen. Das Argument, dass die Inflation in den vergangenen Jahren nicht komplett ausgeglichen werden konnte und dies auf viele andere Arbeitnehmende zutrifft, mag korrekt sein. Es hilft jedoch wenig. Es lässt die schulmeisterliche Frage zu: wenn alle von der Brücke springen, springst Du dann auch? Zudem budgetiert der Kanton Aargau für das Jahr 2024 eine Lohnentwicklung von 2.75%. Im Jahr 2023 betrug die durchschnittliche prozentuale Erhöhung für das Kantonspersonal 2.0%. Dies ergibt insgesamt also 4.75% für die Jahre 2023/24. Da sind wir mit 4% (für die Jahre 23/24 und den geplanten Kürzungen von 3%) weit davon entfernt. Danach werden unseres Erachtens Äpfel mit Birnen vermischt. Die Schaffung zusätzlicher Stellen stellt nicht in erster Linie eine Massnahme zur Verbesserung der Mitarbeiter-zufriedenheit dar, sie ist notwendig, damit die Gemeinde weiterhin gut funktioniert. Die Mobili-tätsprämie wird nur den parkplatzbenötigenden Mitarbeitenden zugutekommen, sie ist die Umsetzung an der Kritik am Parkraumreglement.

Wir alle hier profitieren von der hervorragenden Infrastruktur in unserer Gemeinde. Die Infra-struktur haben wir zu einem grossen Teil den Mitarbeitenden zu verdanken, die in der Vergan-genheit bereit waren mehr zu leisten als nötig, weswegen sich ja dann eben die Notwendig-keit der Erschaffung neuer Stellen ergab. Dieses Jahr schloss die Gemeinde mit einem Ge-samtergebnis von CHF 5.9 Mio. ab. Dies ist eine Verbesserung gegenüber dem Budget von CHF 6.4 Mio. Vor diesem Jahr haben wir den Mitarbeitenden gesagt, dass wir zu wenig Geld haben, um die Teuerung auszugleichen. Jetzt hätten wir das Geld und sagen wieder wir kön-nen und wollen das nicht. Das geht nicht! Wir müssen uns auch in Anbetracht des Wettbe-bergs fragen, was für eine Gemeinde wir sein wollen. Wir von der SP-Fraktion stehen für eine Gemeinde, in der Mitarbeitende fair entlohnt werden, in welcher Anstrengung sich auszahlt und wertgeschätzt wird und insofern für den Wettbewerb, dass wir mindestens so attraktiv wie andere Gemeinden sein wollen. Deshalb werden wir die beantragten Lohnkürzungen gross-mehrheitlich ablehnen.

Tomas Nezel: Ich habe zu den Zahlen von Stefan Semela nicht viel hinzuzufügen, ausser dass das SECO vor einer Woche noch die Inflationserwartung herabgesetzt hat. Wir haben vorher gehört, dass das Personal noch vor einem Jahr 1.5% mehr bekommen hat. Das ist bei uns im Unternehmen auch so viel gewesen. Wir haben gefunden, da sei angemessen. Wenn ich jetzt andere Gemeinden anschau, z.B. Wettingen, dort hat der Gemeinderat 2% vorgeschlagen. Wir denken, 2.4% ist fair.

Carol Demarmels: Das Problem an der Teuerung ist ja, dass man sie immer erst nachträglich weiss. Alles vorher sind ja nur Prognosen. Wir haben jetzt gerade gehört, es sind ja nur Progno-sen. Es hat wieder geändert. Das heisst, die Lohnerhöhungen, die wir vor einem Jahr im Prinzip budgetiert haben, die haben sich ja auf Werte bezogen, die wir noch nicht wussten. Jetzt wis-sen wir sie aber und Bettina hat es vorhin gesagt. Schauen wir die letzten drei Jahre an und summieren es auf. Dann haben wir eine Teuerung von 6.6%. Mit dieser Kürzung hätten wir nachher nur gerade mal die Hälfte der Teuerung ausgeglichen. Stefan Semela, Du hast vor-her Studien zitiert, welche gesagt haben, die Reallöhne seien gesunken. Obersiggenthal reiht sich da ja ein. Die Reallöhne sind auch bei uns gesunken. Es ist nicht so, dass unsere nicht ge-sunken wären und in der Privatwirtschaft schon. Sondern, wir gleichen einfach nicht einmal 50% davon über drei Jahre aus. Das heisst, im Vergleich mit den 1.5% der Teuerung, das macht einfach keinen Sinn. Man muss es, wenn, mit der Teuerung des letzten Jahres verglei-chen.

Lukas Füglistler: Über die letzten paar Jahre hat der Gemeinderat immer den Antrag gestellt, den Lohn zu erhöhen. Die SVP-Fraktion ist nicht bekannt für "judihui", wir geben das Geld aus, das wir nicht haben. Auch das Budget jetzt zeigt eigentlich ein Minus davor. Logisch, kann man sagen, über die letzten zwei Jahre haben wir glücklicherweise, oder letztes Jahr und wahrscheinlich dieses Jahr auch, einen guten Abschluss. In der Privatwirtschaft sind die Löhne letztes Jahr nicht ausgeglichen worden, sie sind vorletztes Jahr nicht ausgeglichen worden. Bei uns in der Gemeinde haben wir letztes Jahr etwas gegeben, wir haben vorletztes Jahr et-

was gegeben, und nun sollen wir noch einmal 3.4% geben. Ich finde die 2.4%, meine persönliche Meinung, ein sehr faires Angebot. Die Fluktuation auf der Gemeinde wird auch mit diesen 2.4% nicht weniger.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben jetzt gehört, der Vergleich zur Privatwirtschaft hinkt. Ich finde, es geht hier nicht um die Privatwirtschaft. Wir müssen uns an den umliegenden Gemeinden orientieren. Sehr viele umliegende Gemeinden haben in den letzten Gemeinden höhere Lohnerhöhungen ausgesprochen als wir. Ich bitte Sie einfach, dem auch noch ein Augenmerk zu widmen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto xxxx.3010.00 Löhne, die Lohnerhöhung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal ist auf 2.4% (inkl. 0.4% strukturell) festzulegen.

Der Antrag der Fiko wird mit 26 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

—
David Wick: Es geht um das Konto 3099.00 Übriger Personalaufwand, konkret geht es um die Mobilitätsprämie bzw. auch die Unterstützung für die Gemeindemitarbeitenden oder für die Mitarbeitenden der Schule, dies ist jedoch ein separater Antrag. Die Herleitung ist jedoch gleich. Ich erlaube mir, dies kurz auszuführen. Ich glaube, wir können uns alle noch an die Diskussion der Umsetzung des Parkplatzreglements erinnern. Da sind viele Sachen debattiert worden, viele Anträge gestellt worden. Einer davon ist, da ging es darum, dass für sämtliche Nutzergruppen dieselben Tarife gelten sollen. Ist von Nico Lalli initiiert worden. Er wurde knapp angenommen. In dieser Debatte hat Nico Lalli erwähnt, dass die vorgesehene Vergünstigung für die Parkkarte auch auf andere Arten gelöst werden könne. Via Personalreglement oder via Lohnbestandteil. Andere Votanten haben dann in Frage gestellt, ob es diese Vergünstigung in dieser Form überhaupt braucht. Andere haben angeregt, dass man das vielleicht auch nachhaltiger, ökologisch sinnvoller gestalten könnte und wieder andere haben thematisiert, dass damit die Attraktivität der Gemeinde auf dem Spiel steht. Es war eine sehr heftig und intensiv geführte Diskussion. Schlussendlich aber ist es jetzt für den Antrag der Fiko gar nicht relevant. Vielleicht ist der Auftrag am Schluss etwas unklar gewesen, was aus dem Antrag gemacht werden soll. Wir als Fiko stellen uns auf den Standpunkt, es ist nicht relevant. Für uns ist Fakt und relevant, dass ein neuer Budgetposten aufgeführt ist, welchen wir zur Streichung empfehlen. Der Gemeinderat hat entschieden, dass Mitarbeitenden eine neue Form der Entschädigung zu gewähren sei. Nach unserem Wissensstand damals in der Fiko, ist dieser so gestaltet, dass alle Mitarbeitenden der Gemeinde jährlich CHF 300 Entschädigung erhalten. Er wird als Gemeindeanteil für Parkplatzgebühren genannt, also für alle Mitarbeitenden der Gemeinde. Bei den Lehrpersonen ist es etwas anders ausgestaltet. Da ist es so, dass diejenigen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, die Mobilitätsprämie von CHF 300 erhalten. Also nicht alle, nur diejenigen, die das Auto brauchen. Insgesamt wird dieser Aufwand vom Einwohnererrat ca. CHF 50'000 geschätzt, dies sind natürlich Schätzungen. Da kann man sich natürlich behaften, aber es ist doch ein beträchtlicher Betrag. Die Aufteilung ist CHF 20'000 für Gemeindemitarbeitende und geschätzte CHF 30'000 für das Lehrpersonal. Jetzt lässt sich natürlich darüber streiten, einmal mehr, wie das umgesetzt werden soll. Ob dies korrekt umgesetzt worden ist usw. Das überlassen wir gerne Euch nachher. Aber als Fiko lehnen wir das zusätzliche Budget aus folgenden Gründen ab: Die Umsetzung ist für uns intransparent und nicht ausgereift. Bei den Lehrpersonen z.B. muss man sich fragen, wer hat Anspruch auf die Prämie oder Vergünstigung. Wenn ich ein Auto besitze und ich ab und zu mit dem Auto zur Arbeit

komme, das war für uns nicht nachvollziehbar, wie das gelöst werden soll. Zumindest zu dem Zeitpunkt. Bei den Gemeindemitarbeitenden hingegen begünstigt man einfach einmal alle, auch diejenigen, die kein Auto haben. Diejenigen, die zu Fuss kommen können. Es ist ein "Giesskannenprinzip" par excellence. Das ist ja auch nicht unbedingt die Idee dieser Entschädigung für die Parkplätze gewesen. Nachträglich haben wir dann noch vernommen, dass jetzt neue Mitarbeitende diese Entschädigung schon als festen Lohnbestandteil haben, also dass sie sie bereits erhalten. Hingegen Mitarbeitende, welche schon länger dabei sind, bekommen dies separat überwiesen. Wie wir alle wissen, ist das Parkplatzreglement natürlich noch nicht umgesetzt und was bedeutet das jetzt für die Mitarbeitenden, welche das schon fix erhalten versus diejenigen, die es nicht damit erhalten? Das ist uns noch zu Ohren gekommen. Wie genau das geregelt werden soll und umgesetzt wird, war zu diesem Zeitpunkt, als wir als Fiko informiert worden sind, noch nicht klar gewesen.

Generell: Wir als Fiko sagen, die Entschädigung ist nicht zielführend. Sie verursacht einfach unnötige Kosten, welche wir als Fiko so nicht gutheissen und schlussendlich geht es uns auch darum, dass man den Willen, welcher wirklich hinter dem Antrag gewesen ist, dass man noch einmal versucht, ihn in einem politisch geordneten Prozess herauszufinden und zu eruieren und darauf basierend dann eine sinnvolle Umsetzung gestaltet.

Christoph Villiger, Präsident: David Wick, habe ich Dich richtig verstanden? Du hast jetzt für den Antrag 2 und 3 argumentiert gemäss Fiko-Bericht. Ist das richtig?

David Wick: Ich würde sagen, ja.

Christoph Villiger, Präsident: Weil die Abstimmung werden wir auseinandernehmen.

David Wick: Genau, der erste Antrag ist für die Gemeinde, der zweite wäre nachher für das Schulpersonal.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich glaube, ich muss zwei, drei Sachen klären. Es ist unbestritten, an dieser besagten Einwohnerratssitzung ist der Antrag gekommen, es sollen alle CHF 600 zahlen, egal ob Spitex, Lehrer, Gemeindeangestellte etc. Daran hat sich der Gemeinderat gehalten. Es wurde dann auch gesagt, wenn der Gemeinderat der Meinung sei, dass es eine Vergünstigung für die Mitarbeitenden geben soll, dann müsse er dies über den Personalaufwand lösen. Das machen wir. Eine Vergünstigung soll es geben, aber es gibt nicht die CHF 600, es gibt die Hälfte, nämlich das, was wir dazumal als Angestelltentarif im übergeordneten Sinn deklariert haben. Wer von den Gemeindeangestellten bekommt nun diese Mobilitätspauschale? Von den Gemeindeangestellten bekommen das diejenigen, welche bei der Gemeinde bis und mit 1. Januar 2023 angestellt sind. Diese Leute mussten nämlich nicht damit rechnen, dass sie einmal den Parkplatz bezahlen müssen, dass das CHF 600 sind. Diese Leute sollen in den Genuss kommen von CHF 300 Mobilitätspauschale. Zwar sind wir der Meinung gewesen, wir machen das so, dass es alle erhalten, egal ob sie mit dem Bus kommen, mit dem Velo oder mit dem Auto. Wir wollen diejenigen, die mit dem Bus kommen, nicht schlechter stellen, als diejenigen, die mit dem Auto kommen. Im Gegenteil, diejenigen, die mit dem Bus kommen, die reduzieren unseren Durchgangsverkehr, und deshalb sind wir der Meinung, sie sollen auch profitieren. Dann wurde gesagt, dass alle, die nachher bei uns angefangen haben, die Mobilitätspauschale bereits erhalten. Das stimmt so nicht. Wir haben einfach gemerkt, dass in den Lohnverhandlungen bei Neuanstellungen das Wissen bereits eingeflossen ist und das tendenziell höhere Löhne verlangt worden sind. Es ist also nicht so, dass die Gemeinde hingegangen ist und gesagt hat, ihr bekommt jetzt eine Mobilitätspauschale, sondern die Leute, die haben das, Nico Lalli hat damals in jener Beratung gesagt, dass "preist" man ein. Die haben es effektiv "eingepreist". Nun haben wir hier die neueren Angestellten und wir haben auf der anderen Seite diejenigen, die schon länger da sind. Da hat es Leute, die sind schon sehr lange dabei und diese können das jetzt nicht mehr einpreisen. Unter diesem Aspekt ist der Gemeinderat der Meinung, dass wir die Mobilitätspauschale auch auszahlen müssen. Sie wird selbstverständlich erst bezahlt, wenn das wirklich kommt.

Christoph Villiger, Präsident: Wichtig ist noch der Hinweis. Du hast jetzt gesagt, dass die Mobilitätsprämien erst dann geleistet werden, wenn das Parkraumkonzept umgesetzt ist.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ja

Christian Buser: Wenn das jetzt im nächsten Jahr wäre, z.B. Mitte Jahr, gäbe es den Betrag pro rata?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das ist so, ja.

David Wick: Bei den Personen, die schon angestellt sind, bei denen es schon im Lohn eingepreist ist, bekommen es jetzt schon?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Nein, sie haben keine Mobilitätspauschale. Sie haben das im Rahmen des Anstellungsverhältnisses, von den Lohnverhandlungen, im Rahmen der Neuanstellung haben sie das im Lohn bereits eingerechnet.

Christoph Villiger, Präsident: Bettina Lutz Güttler, schnell eine Erklärung. Es heisst eigentlich, diejenigen, die es jetzt schon eingepreist haben im neuen Lohn, sie würden dann die Mobilitätsprämie zusätzlich auch bekommen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Nein. Das Stichdatum ist der 1. Januar 2023. Wer an diesem Datum einen Arbeitsvertrag mit der Gemeinde Obersiggenthal hatte, der soll in Genuss kommen von dieser Mobilitätspauschale. Die Leute, die nachher erst einen Arbeitsvertrag mit der Gemeinde Obersiggenthal abgeschlossen haben, bekommen diesen Betrag nicht.

Carol Demarmels: Ich bin ein wenig irritiert über das Votum von David Wick. Ich lese den Antrag von der Fiko, welche als einziges Argument die Begründung enthält: Wir sind der Meinung, dass der Entscheid des Einwohnerrates missachtet wird. Jetzt plötzlich wird hier gesagt, es sei heute nicht relevant, was dazumal diskutiert worden sei, weil man gemerkt hat, dass dort etwas anderes diskutiert worden ist als Ihr wahrscheinlich gemeint habt und ich vielleicht noch so naiv war, Euch das vor der Sitzung als Protokollauszug eingereicht zu haben. Wir haben es im Dezember 2022 diskutiert. Der Antrag war: Für alle Nutzergruppen gelten die gleichen Tarife und das jetzt viel besagte Votum von Nico Lalli. Ich lese euch dieses gerne jetzt mal vor. Wir finden, dass wir einen einheitlichen Tarif machen sollten. Aktuell ist es so, dass man für die Lehrpersonen und für die Gemeindeangestellten einen reduzierten Tarif einführt. Das kann man ja. Da gibt es gute Argumente dafür als Arbeitgeberattraktivität usw. Aber dann, und das ist ein ordnungspolitischer oder ein finanzpolitischer Antrag, dann sollte man das auch sauber lösen und zwar, dass das dann budgetiert wird als Personalaufwand und die Gemeinde an ihre Mitarbeitenden die Karte finanziert, zu 100% oder zu 50%, das ist dann der Gemeinde überlassen.

Interessant ist jedoch, nach dieser ganz knappen Annahme habe ich noch mit Menschen draussen gesprochen, welche mir im persönlichen Gespräch sogar noch gesagt haben, sie hätten nur zugestimmt, weil es klar sei, dass es das brauche. Aber man müsse es anders buchen. Das Argument der Fiko, der Wille des Einwohnerrates werde jetzt nicht beachtet, ist damit völlig hinfällig und jetzt mit einem Streichungsantrag zu kommen, das ist schlichtweg eine Verfälschung der ursprünglichen Annahme. Wir haben jetzt vorher den Teil-Lohnausgleich der Teuerung noch einmal gekürzt, dies ist sicher eine schlechte Nachricht für die Mitarbeitenden dieser Gemeinde und für das Gemeindepersonal. Dies in Zeiten von äusserst prekären Bedingungen bei der Suche von Fachkräften, wir wissen es alle. Wir müssen ständig wieder horrend Honorare in der Rechnung sehen, weil man das Personal im Haus nicht gehabt hat. Das heisst, wir zahlen hohe Honorare für Leute, wenn wir zu wenig Personal haben. Das Zeichen, welches den der Mitarbeitenden gegenüber gemacht wird durch die erneute Verschlechterung, und es ist wirklich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Man nimmt

ihnen etwas weg. Das ist einfach falsch. Wenn wir eine funktionierende Verwaltung aufrecht erhalten möchten, dann ist das ganz klar falsch. Die Mobilitätsprämie per Giesskannenprinzip, das ist jetzt noch nicht alles diskutiert worden, das kann man ja tatsächlich etwas in Frage stellen. Es bekommen es alle. Es ist egal, ob man den Parkplatz wirklich braucht oder nicht. Aus ökologischer Sicht ist es aber natürlich sinnvoll. Wir wollen ja nicht das Autofahren unterstützen und, wenn wir wählen könnten, würden wir eigentlich lieber eine Mobilitätsprämie haben, bei der man sagt, jeder bekommt ein Halbtax. Das wäre mir persönlich lieber. Aber das können wir unter diesen speziellen Umständen nicht machen, da es eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist. Diejenigen, die mit dem Auto kommen, von denen, die schon hier sind, und darum haben wir einfach nicht mehr die Möglichkeit hier, einen ökologischen Riegel zu schieben. Als Letztes noch, wir reden nur vom bestehenden Personal. Wir reden von jenen, die uns treu geblieben sind in den letzten Jahren. Wir reden von jenen, die unsere Verwaltung aufrechterhalten.

In der Diskussion dazumal hat es, wie David Wick gesagt hat, auch Leute gegeben, die dort schon gemeint haben, man könne es ganz streichen. Dort ist auch das Argument gekommen, wegen CHF 300 verlässt man doch nicht die Gemeinde. Wenn nur eine Person die Gemeinde verlässt, weil das der Tropfen ist, welcher das Fass zum Überlaufen bringt, dann haben wir schon Mehrkosten generiert in diesem Jahr. Ganz ehrlich, ich kann sogar nachvollziehen, dass jemand diese Gemeinde verlässt nach heute, nach dem ersten Entscheid; nach vielleicht dem zweiten Entscheid und sagt, ich gehe in eine Gemeinde, bei welcher ich nicht noch einen Einwohnerrat habe, welcher ständig die gut durchdachten Entscheide des Gemeinderates über den Haufen wirft, welcher den Einblick in die Arbeit der Verwaltung hat. Dementsprechend wird die SP-Fraktion den Kürzungsantrag einstimmig ablehnen und zu den Lehrpersonen dann später mehr.

Tomas Nezel: Als GLP-Fraktion verstehen wir unter einer Mobilitätsprämie eigentlich ein Instrument, welches einen Anreiz schafft, dass Leute auf die öV umsteigen. Ein gutes Beispiel wäre z.B. der ZVV Bundespass, das ist ein Instrument, bei welchem man sich als Unternehmung oder als Gemeinde an den Jahreskosten, an den Abonnementkosten beteiligt. Mitarbeiter kaufen ein Jahresabo für die Zonen, die sie brauchen und sie bekommen alle Zonen im Kanton geschenkt. Das sollte die Leute animieren, damit sie auch in der Freizeit den öffentlichen Verkehr benutzen. Das ist eine super Sache. Wir haben das auf Anfang Jahr in dem Unternehmen, das ich leite, eingeführt und es bringt wirklich viel. Ich habe geschaut, ob es auch Lösungen im Aargau gibt, ich habe leider nichts gefunden. Aber ich würde eigentlich eher noch so etwas nahelegen unter dem Thema Mobilitätsprämie.

Christian Blum: Auch bei unserer Fraktionssitzung war der Geist von Nico Lalli recht präsent. Wir haben uns daran erinnert und noch einmal nachgelesen, was er gesagt hat. Wir denken, das ist technisch richtig, wie das jetzt gemacht wird und wie das jetzt vorgeschlagen wird, das war genau die Aussage von Nico Lalli. Dass man jetzt nicht nur einseitig den Autofahrern unter den Gemeindeangestellten eine Vergünstigung gibt, sondern dass man es auch auf der Einkommenseite einarbeitet. Wir haben auch gesagt, wir gehen auf die 2.4% beim ersten Antrag bei der Salärerhöhung. Im Gegenzug, und dies ist sicherlich im kleineren Teil, aber vielleicht ein kleines Entgegenkommen, dass wir dem Antrag hier zustimmen. Letztlich wird 50% von den Kosten finanziert dadurch, nur und auf eine Art und Weise, es wird ja über die Einnahmen des Parkraumkonzepts finanziert. Deswegen stimmen wir auch geschlossen gegen den Antrag der Fiko. Dazu will ich noch sagen, es ist unsere Fiko, also die Fiko des Einwohnerrats, also wir stimmen ungern gegen die Fiko, aber in diesem Fall tun wir es.

Anand Keshava, Präsident Fiko: Ich möchte noch Stellung nehmen dazu, was gesagt worden ist, und zwar dass wir es nicht richtig begründet haben. Wir schreiben ja beim Bericht, dass wir nicht auf die Details eingehen. Ich denke, es sind verschiedene Voten gemacht worden, Nico hat eines gemacht. Du hättest auch Meines Vorlesen können und sagen, das hätte jetzt dazu geführt. Das tut mir leid, das finde ich nicht OK. Der Antrag wurde gestellt. Es hat darin viele Voten gegeben. Man müsste alle durchlesen und es spielt überhaupt keine Rolle, was genau gesagt worden ist, weil der Text, aus unserer Sicht, klar gewesen ist. Der Gemeinderat

war sich auch nicht sicher. Das muss man hier auch sagen. Sie haben es nicht gewusst. Sie haben es jetzt als Antrag gebracht und wir machen einen Streichungsantrag. Vom Vorgehen her finde ich das völlig in Ordnung. Dann muss ich auch sagen, wer denkt eigentlich an die Bevölkerung? Die haben jetzt auch CHF 600, welche sie zahlen müssen für einen Parkplatz. Gibt man ihnen jetzt auch wieder etwas zurück? Ich meine, man kann das doch nicht so unterschiedlich argumentieren. Ein Gemeindemitarbeiter kommt freiwillig mit dem Auto. Jemand, der da wohnt, muss in der blauen Zone parkieren, und sonst muss er einen Parkplatz nehmen für CHF 150. CHF 50 sind nicht viel. Das sind CHF 2.50 pro Tag. Jeder, also nicht jeder, aber viele würden viel mehr bezahlen. Wenn ich einen Parkplatz für CHF 50 bekäme, würde ich ihn sofort nehmen. Das wollte ich noch dazu sagen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich möchte eine Berichtigung anbringen. Es ist gesagt worden, der Gemeinderat habe von Anfang an nicht gewusst, was er will. Das ist nicht korrekt.

Anand Keshava: Nicht gewusst, wie es umzusetzen, meine ich. Ihr habt nicht gewusst, wie Ihr mit dem Entscheid vom Einwohnerrat umgehen solltet.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben Diskussionen gehabt. Am Schluss haben wir einen Entscheid gefällt. Den Entscheid legen wir jetzt hier vor, wie wir uns entschieden haben. Das wir es intern selbstverständlich diskutiert haben, ist klar. Ich möchte einfach sagen, der Gemeinderat, nachdem er den Entscheid gefällt hat, hat den Entscheid klar kommuniziert und er steht nach wie vor, so wie dieser gefällt worden ist.

Volkmar Hauelsen: Drei Punkte dazu. Punkt eins. Die Verwaltung arbeitet ein Parkierungskonzept aus, der Gemeinderat überzeugt die Mehrheit des Einwohnerrats, dies anzunehmen und gleichzeitig oder nachträglich kommt der Gemeinderat, das soll für jedes in Obersiggenthal abgestellte Fahrzeug gelten. Allerdings ein paar andere Fahrzeuge sind gleicher als die anderen und diejenigen müssen weniger bezahlen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Es ist sogar stossend. Ich könnte auch sagen, ich finde es peinlich, ein Konzept so einzuführen. Punkt zwei. Obersiggenthal ist hervorragend erschlossen durch öV, somit hat die Gemeinde als solche überhaupt keinen Grund, motorisierten Individualverkehr in irgendeiner Form zu fördern. Das wird jetzt Mobilitätsprämie genannt, wird auch an die ausbezahlt oder soll ausbezahlt werden, die nicht mit dem öV kommen. Der Auslöser ist aber die Kosten, die jeder Person entstehen, die ein motorisiertes Fahrzeug abstellen. Das ist der Auslöser. Das finde ich auch völlig den falschen Weg, wenn man über eine Mobilitätsprämie redet, dann soll man öV fördern, so wie es Tomas Nezel ausgedrückt hat, oder über Halbtax oder was auch immer. Aber man muss sich auch überlegen, ist es die Sache des Arbeitgebers, welcher die Wegkosten zur Arbeit in irgendeiner Form finanziert. In jedem Spesenreglement ist das explizit ausgeschlossen. Punkt drei. Mich interessiert es, wie viele Personen, welche im Gemeindehaus arbeiten und mit dem Auto kommen, am Ende Parkgebühren bezahlen. Werden sie wirklich gebührenpflichtig parkieren auf dem Gemeindeparkplatz, die 100 Meter ins Gemeindehaus laufen oder werden sie gratis parkieren, dafür 200 Meter ins Gemeindehaus laufen? Das interessiert mich wirklich, wenn man auch noch einkaufen gehen muss, kann man auch dort parkieren. Deswegen ist es für mich persönlich selbstverständlich, dem Antrag von der Fiko zuzustimmen.

Andreas Baumgartner: Ich bin hier auch anderer Meinung. Wir haben jetzt gerade die Lohnerhöhung der Gemeindeangestellten von 3.4% auf 2.4% gekürzt. Wenn wir jetzt auch die Mobilitätsprämie weglassen, finde ich, dann setzen wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte kein gutes Zeichen. Die Gemeinde spart zwar kurzfristig CHF 20'000, bezahlt aber möglicherweise schlussendlich einen viel höheren Preis dafür. Solche Goodies wie beispielsweise die Mobilitätsprämie zeigen auch die Wertschätzung der Gemeinde gegenüber ihren Angestellten und gegenüber ihrer Arbeit, welche sie machen. Ich finde auch, gerade in Zeiten von Fachkräftemangel, unbesetzten Stellen, von Überlastungen, da denke ich, dass es wichtig ist, dass die Gemeindeangestellten auch diese Wertschätzung spüren. Wenn wir nun diese Lohnerhöhung gekürzt haben und jetzt auch noch gleichzeitig die Mobilitätsprämie kürzen, dann

finde ich, ist dies ganz sicher kein Zeichen von Wertschätzung. Darum finde ich, sollten wir den Antrag der Fiko ablehnen.

Micha Jetzer: Ich habe etwas Mühe mit den Letzten 10 Minuten. Auf der einen Seite, auf welcher es um den Lohn ging, hat Bettina ein Votum gemacht, bei welchem ich das Gefühl habe, zwischen den Zeilen lesen zu können, dass die Gemeindeangestellten ein anderes Anrecht auf eine Lohnerhöhung haben als jemand aus der Privatwirtschaft. Da hatte ich vorher das Gefühl, es herausgehört zu haben. Notabene, nachdem die Privatwirtschaft im Moment in den letzten 5 Jahren relativ flach herausgekommen ist. Jetzt haben wir das Thema, dass man den Gemeindeangestellten eigentlich ein Goodie geben will, bei welchem notabene der Steuerzahler jedem Einzelnen, welcher einen Parkplatz brauchen will, in Obersiggenthal auf öffentlichen Flächen den vollen Betrag zahlt. Ich danke Volkmar Hauweisen. Ich bin eigentlich der Meinung, dass seine Ausführungen ziemlich zutreffend sind und unterstütze definitiv auch diesen Antrag der Fiko, genau aus dieser Überzeugung. Es kann doch nicht sein, dass jeder Steuerzahler eigentlich, die Differenz auf den Zustupf der Gemeinde für die Gemeindeangestellten und die Lehrpersonen zahlt. Das kann es aus meiner Sicht nicht sein. Wenn, dann sollen alle den gleichen Betrag zahlen. Notabene, man kann den öV nutzen, und dann haben wir das Thema eigentlich schon erledigt.

Esther Reimann: Ich möchte mich den Voten von Andreas Baumgartner, von Carole Demarmels und von Christian Blum anschliessen. Ich bin auch eine, die unbedingt für den öV ist und das Geld dort zu investieren. Ich finde die Idee von Tomas Nezel natürlich auch total gut. Das kann man vielleicht in einem anderen Jahr ausarbeiten und wenn dieses Parkplatzkonzept umgesetzt ist, dann heisst es ja nicht, dass man nicht irgendwo anders wieder ansetzen kann. Aber jetzt finde ich auch unbedingt, also wenn ich sehe, was die Gemeinde oder das Personal der Gemeinde hat leisten müssen, auch in dieser Unterdotierung und jetzt eben haben wir nicht 3.4% sondern 2.4% Lohnerhöhung entschieden. Ich meine unbedingt, dass wir dort noch Goodwill zeigen sollen und sagen, wir stimmen jetzt für die CHF 20'000, bei einem so grossen Budget, als Anerkennung.

Mia Jenni: Ich möchte mich auch diesem Votum anschliessen, aber etwas von der Perspektive von der ganzen ökologischen Seite. Es stimmt, dass das Parkraumkonzept durchaus die Dimension hat, dass man den motorisierten Individualverkehr nicht unbedingt fördern möchte und es ist deshalb auch richtig und wichtig, dass man gewisse Parkplätze jetzt anfängt, zu besteuern. Wenn das dann einmal umgesetzt wird. Es ist aber einfach auch so, dass man die Bevölkerung nicht gleichsetzen kann mit Leuten, die hier angestellt sind und hier arbeiten. Wir haben es mehrmals gehört, wir wissen es alle, wir wissen es beim Lehrpersonal, wir wissen es auch bei der Verwaltung. Es war auch schon wieder Thema bei der Abteilung Bau und Planung. Es ist ein ausgetrockneter Arbeitsmarkt und es ist natürlich sinnvoll, dass man dann dort die Mobilitätsprämie eigentlich zur Verfügung stellt. Ich finde es schon schön, dass man noch über Alternativen von solch einem Abo wie bei der ZVV diskutiert, aber Tomas Nezel, Du hast es selber gesagt, dass es das es im Aargau gar nicht gibt. Wir sind jetzt hier und wir stehen vor einem Entscheid eines Vorschlags, welcher unser Gemeinderat vorlegt und wir haben gerade vorher eine Lohnerhöhung abgelehnt, welches ein sehr klares Zeichen an die Verwaltung ist und kein Positives. Trotzdem möchten wir jetzt hier auch wieder kürzen. Dann noch etwas zum Ökologischen, dass man damit den motorisierten Individualverkehr fördert. Es ist natürlich ein wenig schlauer, wenn man die CHF 300 erhält und dann trotzdem die öV benutzt, man bekommt mehr Geld am Ende. Ich meine, diese Überlegungen werden sich auch ganz viele machen. Man fördert nicht direkt den Individualverkehr. Es gäbe wahrscheinlich elegantere Lösungen, wir sind aber in der Situation, dass der Arbeitsmarkt wirklich sehr ausgetrocknet ist und es gilt jetzt, ein klares Zeichen für die Verwaltung zu setzen.

Daniel Jenni: Ich habe ein etwas schwieriger Job, denn ich bin in der Fiko, aber ich bin auch in der Mitte. Ich wohne in dieser Gemeinde und eines der Argumente, bei welchem ich finde, sollte beachtet werden, ist das Letzte von Bettina. Dass nämlich diejenigen, die neu hier anfangen zu arbeiten, dies jetzt plötzlich schon eingepreist haben. Sie bekommen bessere

Löhne. Sie stehen also gegenüber jenen, die schon länger hier arbeiten, besser da. Das ist eine Ungleichbehandlung. Das sollte es eigentlich auf der Gemeinde nicht geben.

Das zweite, das man sich überlegen muss, ist, es ist eine Vermischung von verschiedenen Materien. Also was Du sagst, finde ich auch gut, wenn man so etwas macht. Gibt es im Kanton Aargau nicht. Also man kann tatsächlich nicht irgendetwas aus dem Hut ziehen, damit plötzlich alle mit dem öV kommen.

Das dritte, welches mir auch noch aufgefallen ist, diejenigen, die einen Parkplatz bekommen, die zahlen ja CHF 300. Sie zahlen einfach nicht CHF 600. Aber die zahlen auch für den Parkplatz und das geht ihnen auch vom Lohn ab.

Markus Renggli: Ich denke, als ich das gehört habe, Marschhalt in der Umsetzung des Parkplatzkonzeptes, habe ich mir überlegt, Marschhalt könnte ja auch der Hauptmarsch sein. Also schlussendlich, das soll ja ein Nullsummenspiel sein. Dies hat man dazumal gesagt bei der Argumentation Einführung. Was kostet es, was bringt es. Im Protokoll kann man es nachlesen. Ich sage es noch einmal. Ich war der Einzige, der dagegen war bei der Einführung des Parkplatzreglements und die 39 Einwohnerräte haben dem zugestimmt und jetzt haben wir eigentlich mehr Ärger als Nutzen. Im Moment ist es nur Ärger. Es geht nicht voran, es wird nicht richtig umgesetzt. Jetzt kommen noch die Lehrer und die Gemeindeangestellten und unsere Zeit hier und die Diskussionen. Ich kann hier einmal etwas zurücklehnen und einfach beobachten, wie das schlussendlich gemacht wird, aber wir alle sind in der Verantwortung, also wir haben das grossmehrheitlich beschlossen. Der Gemeinderat setzt um. Er hat jetzt einen Vorschlag und darüber kann man abstimmen und sagen man ist dafür oder dagegen. Mehr gibt es von mir nicht mehr zu sagen.

Ralph Hunziker: Ich habe eine technische Frage: Ist es richtig, dass die Mobilitätsprämie jetzt eigentlich jährlich ins Budget kommt? Ja, ist das schon richtig? Das ist meine Frage.

Peter Marten, Gemeinderat: Nein, es ist nicht die Idee, dass man jährlich darüber diskutiert, sondern dass kommt in den Lohn hinein. Das bringt nichts, dass man jedes Jahr darüber diskutiert. Die Idee ist, dass das in den Lohn hineinkommt, dass wir es so abwickeln.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat die Streichung der Mobilitätsprämie für Mitarbeiter von CHF 20'000.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

—
David Wick: Ich möchte noch ganz kurz darauf eingehen. Ich nehme es fast langsam persönlich, wenn man so viel erwähnt wird. Ich glaube, Du weisst genauso gut wie ich, dass wir schlussendlich über den Antragstext abgestimmt haben und nicht über das, was vorher diskutiert worden ist. Aus diesem Grund stellt sich die Fiko auch noch einmal, um dies klar zu stellen, auf den Punkt, dies ist ein neuer Budgetposten und diesen diskutieren wir.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Nun gehen wir zu den Lehrern. Die Lehrer bzw. da gehören auch Instrumentallehrer dazu und andere, nennen wir sie Angehörige der Schule. Sie sind ja nicht von der Gemeinde angestellt, das heisst, wir können das Ganze nicht genau gleich abwickeln. Wir sind der Meinung, dass wir die Angestellten der Schule oder von wem auch immer, also welche hier in der Schule tätig sind, sollen gleich gestellt werden wie auch

die Gemeindeangestellten. Das sind sehr viel mehr Leute als auf der Gemeinde. Da gibt es ganz unterschiedliche Pensen. Sie kommen zum Teil Stundenweise, das ändert auch laufend wieder, weil sie einspringen müssen etc. und darum haben wir hier eine andere Lösung gewählt. Wir sagen hier, dass von den effektiv bezahlten Parkgebühren die Hälfte, maximal CHF 300 bezahlt werden. Auch hier gilt wieder der Hinweis auf den ausgetrockneten Arbeitsmarkt. Ich möchte mich hier aber nicht mehr dazu äussern.

Christian Blum: Wir haben gegen den Antrag der Fiko gestimmt, und uns damit dafür ausgesprochen, dass die Gemeinde sich an den Parkplatzkosten für das Lehrpersonal beteiligt, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen. Der Fall ist anders gelagert als bei den Gemeindeangestellten, da das Lehrpersonal über den Kanton bezahlt wird, d.h. es handelt sich hier um einen Zuschuss und nicht um Fringe Benefits, und nur für Autofahrer. Wir wollen nicht, dass sich ein Lehrer oder eine Lehrerin für eine andere Gemeinde entscheidet, nur weil in Obersiggenthal der Parkplatz bezahlt werden muss.

Carol Demarmels: Nur ganz kurz. Vorher wurde erwähnt, im Votum der Fiko, es sei nicht transparent, wie das überhaupt umgesetzt werden soll. Ich weiss nicht, ob nicht noch nachgefragt worden ist aber ich glaube, es besteht – wie ich es verstanden habe – ein klarer Plan, wie in welchem Fall die Lehrpersonen hier welche Kosten vergütet erhalten oder nicht. Man muss das relativ transparent auch angeben, wann und wie man das Auto braucht. Es ist das, was ich im Vorgang mitbekommen habe. Das würde dann nicht damit übereinstimmen.

Das andere ist, dass man sich bei den Lehrpersonen vielleicht noch zusätzlich bewusst sein muss, dass das Auto sehr oft zur Erfüllung des Berufsauftrags benutzt wird. Sei das um Material zu transportieren, wenn man beim TTG ist oder zu der Hauswirtschaft Material transportiert. Dass theoretisch Spesen abgerechnet werden könnten, wie du gesagt hast, CHF 0.70 pro km. Das wird in aller Regel nicht gemacht.

Bettina Lutz, Gemeindeammann: Carole Demarmels hat es gesagt. Die Abrechnung ist so geregelt, dass man die Parkgebühren über die App bezahlt und zwar unter dem Titel "Schulangehörige". Das wird gesammelt und am Ende des Schuljahres gibt es eine Gesamtabrechnung. Da wird die Hälfte bezahlt. Wie gesagt, maximal CHF 300.

Tomas Nezel: Jede Person entscheidet selber, ob sie mit dem Auto oder mit dem öV zur Arbeit geht. Dass unsere Gemeinde jetzt den motorisierten Individualverkehr unterstützen soll, geht für uns GLP gar nicht. Zum Vergleich, an der Kantonsschule Baden zahlt eine Lehrperson für den Parkplatz CHF 5 pro Tag und pro Jahr CHF 720. Also wir werden dem Antrag der Fiko zustimmen.

Christian Buser: Bettina Lutz Güttler hat gesagt, Gleichstellung Gemeindepersonal und Lehrer. Das kann stimmen, aber zwischen den Lehrern ist das nicht Gleichstellung. Wenn derjenige, welcher mit dem Auto kommt, etwas bekommt und derjenige, welcher mit dem öV kommt, nichts bekommt. Also ich wünsche dann viel Spass im Lehrerzimmer.

Carol Demarmels: Ich glaube, unter den Lehrpersonen ist es unumstritten, dass man für diese Lösung ist. Kanti Baden, einfach zum Erwähnen: Man hat dort etwa 40% höheren Lohn als hier an der Volksschule und man hat 5 Lektionen weniger zum Unterrichten. Dort ist der Parkplatz nicht das Ausschlaggebende.

Andreas Baumgartner: Bekanntlich bin ich ja auch einer der Lehrer, welcher in Obersiggenthal an unserer Schule unterrichtet. Selbstverständlich trete ich nachher in den Ausstand, wenn es um die Abstimmung geht. Ich möchte aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, um ein paar Sachen dazu zu sagen. Ich bin sicher keiner von denen, welcher eine solche Jahresparkkarte lösen wird. Ich habe die schöne Situation, dass ich sehr nahe wohne, dass ich problemlos mit dem Velo hierherkomme und es stört mich auch nicht, wenn andere nachher diese Prämie erhalten und ich nicht. Zum vorherigen Votum von Dir, Christian: Es sind nicht alle Lehrperso-

nen in dieser Situation. Es ist vorher schon erwähnt worden, es gibt Leute, welches das Material transportieren müssen (TTG, Hauswirtschaft, Werken). Sie sind sehr oft mit dem Auto unterwegs und sie sind auch darauf angewiesen, dass sie das Material transportieren können. Es ist auch vorher schon erwähnt worden. Viele Lehrpersonen arbeiten im Teilpensum, sie sind dann vielleicht drei Halbtage hier oder sechs Halbtage hier, müssen dann aber auch eine Jahresparkkarte von CHF 600 zahlen. Das wichtigste Argument finde ich und das darf auf keinen Fall passieren, der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet. Wir haben eine Lehrpersonenstelle, welche ausgeschrieben worden ist für eine Klassenlehrperson. Wir haben bis jetzt zwei Bewerbungen gehabt, wovon eine unterirdisch gewesen ist. Die Auswahl, die wir dann schlussendlich haben, ist sehr klein. Was nicht passieren darf, ist, dass umliegende Gemeinden bessere Angebote haben. Ich habe mich auch noch ein wenig umgehört, Sachen zu anderen Gemeinden. Ich finde, die Bedingungen, wie wir sie in Obersiggenthal haben, müssen mindestens so gut sein wie in den näheren Gemeinden der Umgebung. Untersiggenthal beispielsweise zahlen die Lehrpersonen CHF 300. Sie haben das Gleiche gehabt, wie der Gemeinderat vorgeschlagen hat, CHF 600 und CHF 300. In Würenlingen zahlen die Lehrpersonen nichts. In Würenlos zahlen Lehrpersonen nichts. In Edingen zahlen Lehrpersonen nichts, sie haben Parkplätze, welche sie benutzen können. Andere Gemeinden, klar, dort muss man auch bezahlen, von Baden habe ich keine genauen Angaben erhalten. In Wettingen zahlt eine Lehrperson CHF 480, kann dann aber nur tagsüber dort parkieren. Ich finde einfach, dass es wirklich das Wichtigste ist, dass Obersiggenthal betreffend des Parkangebots nicht ins Hintertreffen kommt. Ich bin auch ein Befürworter des Fahrradfahrens und möglichst umweltverträglichem Individualverkehr und finde es sinnvoll, wenn dann Viele mit dem Velo kommen. Aber ich finde, hier muss man den Antrag ablehnen. Ich kann nachher nichts mehr dazu sagen, ich gehe nachher hinaus.

David Wick: Ich kann mich grundsätzlich dem anschliessen, was Du sagst, dass die Gemeinde attraktiv sein soll. Das sage ich jetzt privat, nicht als Fiko, das muss sichergestellt sein. Ich frage mich, es ist unbestritten, dass mit der Prämie das Auto bevorzugt wird. Jetzt ganz speziell mit dieser Auslegung. Ich möchte einfach zwei Fragen in den Raum stellen. Erhöhen wir wirklich damit die Attraktivität, wenn wir die Mobilität, also die Auto-Mobilität erhöhen? Ist das wirklich etwas, was wir wollen und ist die Gemeinde hier ein Vorbild? Nimmt sie eine progressive Haltung ein und geht sie hier mit dem Beispiel voran, dass man vielleicht andere Kräfte stärkt, andere Ansätze oder dementiert man einfach das, was aus dem "Totschlag-Argument" tatsächlich, im Moment Fachkräftemangel, dass man einfach das beibehalten möchte, was man jetzt hat und keine Veränderung verlangt. Sendet man nicht ein positiveres Zeichen aus, wenn man sagt, wir schaffen ganz gezielt Anreize für andere Mobilität und ich glaube das würde ich mir manchmal etwas mehr wünschen, diesen Ansatz.

Anand Keshava: Ich muss sagen, ich finde es erstaunlich, wieviel Arbeit, nun hier hineingesteckt wurde betreffend Auswirkungen bei den Mitarbeitenden. Aus meiner Sicht hätte man lieber diese Zeit für die Umsetzung des Parkkonzepts investiert. Dann möchte ich noch dazu sagen, dass – also noch einmal – CHF 50 ist schon ein günstiger Parkplatz – das sind CHF 2.50 pro Tag. Das muss man nicht – das ist schon billig – noch einmal zusätzlich subventionieren. Das andere wurde schon gesagt. Wollen wir wirklich den Mief fördern als Gemeinde, welche so unter dem Durchgangsverkehr leidet und quasi von anderen verlangen, dass sie Massnahmen ergreifen, um den Durchgangsverkehr zu vermindern, fördern wir quasi selber den Verkehr. Das verstehe ich einfach nicht.

Mia Jenni: Ich finde es eigentlich sehr schön, dass vor allem von der GLP-Fraktion kommt, dass man den Mief eben nicht fördern möchte. Ich übernehme das jetzt einfach einmal. Dass man das ökologische Fahren übernehmen möchte und dass man ein Vorbild als Gemeinde sein möchte, möglichst progressiv und ich möchte dies einfach kurz einmal in Relation setzen. Wir reden hier von Parkplätzen für Lehrpersonen und vorher haben wir von Parkplätzen für das Verwaltungspersonal gesprochen und wir reden nicht von allen Parkplätzen in dieser Gemeinde und wir sind mit diesem Parkraumkonzept, welches wir haben, falls es dann einmal umgesetzt wird, in dieser Vorbildfunktion, weil dadurch machen wir den motorisierten Verkehr unattraktiver. Es geht jetzt wirklich nur um das Lehrpersonal. Dort ist die Ausgangslage einfach

ein wenig anders. Andreas Baumgartner hat das vorher sehr schön gesagt. Es ist ein wirklich ausgetrockneter Arbeitsmarkt. Es gibt kaum Bewerbungen auf irgendwelche Volksschulposten und ich habe keine schulpflichtigen Kinder und ich werde auch in nächster Zeit keine haben. Einige von Euch haben wahrscheinlich welche. Es geht ja auch darum, wie es den Kindern in dieser Gemeinde geht und ob sie eine genügende Schulbildung erhalten. Erhalten sie das von den Fachpersonen, welche fähig sind und ja, dann kann wahrscheinlich ein solcher Parkplatz ein Unterschied machen. Ich möchte noch einmal betonen, dass gewisse Leute das Auto auch brauchen, um ihren Beruf auszuüben. Noch einmal kurz zu dieser Vorbildfunktion: Es geht wirklich um eine begrenzte Anzahl von Parkplätzen und es geht um Lehrpersonen und nicht um die ganze Bevölkerung.

Carol Demarmels: Ich möchte gern darauf hinweisen, dass bei einer Anstellung einer Lehrperson der Handlungsspielraum gleich Null ist. Das ist nicht wie bei einer Gemeinde, bei welcher man vielleicht noch über den Lohn diskutieren kann oder darüber diskutieren kann, dass ich zwei Tage Homeoffice mache. Bei einer Lehrperson gibt es Null Handlungsspielraum. Der Lohn ist fix, da hat niemand etwas dazu zu sagen. Dies berechnet der Kanton. Die Anwesenheit ist fix, man kann einer Lehrperson nicht einmal sagen, du bekommst einen neuen Stuhl, wenn er dir nicht gefällt. Das ist so das Einzige, was man jetzt vielleicht noch einbringen könnte in solch einem Anstellungsgespräch, in welchem man nicht nur das Negative einbringen muss.

Kim Grab: Ich habe eine technische Frage. Es ist ja so, dass, so wie ich es verstanden habe, die effektiven Kosten abgerechnet werden können. Ist denn das auf die Parkplätze der Schulareale beschränkt, wenn man in dieser App angeben muss, man ist Schulangestellter oder ist es grundsätzlich möglich, in der ganzen Gemeinde in der blauen Zone zu parkieren und es darüber abrechnen zu können und das dann als effektive Kosten anzugeben? Jetzt einfach als technische Frage, ob man das theoretisch so missbrauchen könnte. Ich will es nicht unterstellen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Also es ist so: Damit man über die Eigenschaft Schulangestellter abrechnen kann, braucht es eine Freigabe, welche von Romana Hächler gegeben wird. Das Gleiche ist auch mit den Gemeindeangestellten, welche länger auf dem Gemeindeparkplatz parkieren können, aber sie brauchen auch eine Freigabe durch Romana Hächler. Also man muss sich angemeldet haben und das muss verifiziert und bestätigt werden. Das Gleiche ist abgesehen davon auch bei den Einwohnern. Man kann nur als Einwohner eine Parkkarte auf dem Gemeindegebiet lösen, wenn man sich ein erstes Mal angemeldet hat und wenn das frei gegeben wird. Nachher hat man die Möglichkeit, ein nächstes Mal noch einmal eine Parkkarte zu lösen, aber beim ersten Mal braucht es einen Nachweis der Berechtigung.

Kim Grab: Aber man kann auf dem ganzen Areal der Gemeinde parkieren?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ja.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 2191.3099.00 Übriger Personalaufwand. Streichung der Vergünstigung der Parkplätze für Lehrer von CHF 30'000.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Sandra Hehli: Ich habe noch einen Antrag zum Konto 0290.3110.00. Anschaffung Büromöbel und -geräte, Mobiliar. Die Fiko beantragt eine Streichung der Neuanschaffung dieser Bürostühle im Sitzungszimmer. Es geht um die CHF 15'000, welche wir gerne reduzieren von alt CHF 19'000 auf neu CHF 4'000. Die Begründung ist, die Bürostühle im Sitzungszimmer sind zwar in die Jahre gekommen, es ist Mobiliar von 1981, habe ich einmal nachträglich vom Gemeinderat gehört. Dennoch sind wir der Meinung, dass diese noch funktionstüchtig sind. Auch die Fiko hält ihre Sitzungen in diesen Sitzungszimmern mit diesen Bürostühlen ab und es ist jeweils nicht nur eine Stunde, es sind zwei, drei, vier Stunden. Wir sitzen eigentlich immer bequem. Uns ist eigentlich nie aufgefallen, dass die Stühle nicht mehr intakt oder unbequem sind. Ich habe aber an der letzten Sitzung die Bürostühle noch einmal genauer unter die Lupe genommen. Dann ist mir nichtsdestotrotz aufgefallen, dass bei zwei, drei Stühlen die Polsterung nicht mehr bequem ist. Es drückt ein wenig durch, daher, nein, einfach, die untere Schicht. Darum würden wir der Fiko gerne den Antrag stellen, dass man diese CHF 15'000 streicht.

Peter Marten, Gemeinderat: Also ganz genau ist es nicht der zuständige Gemeinderat. Derjenige, welcher sich zuständig fühlt, hat dieses Problem. Also diese Stoll Giroflex-Stühle stammen hier aus dem Anfang der 1980er-Jahre. Der geneigte Zuschauer stellt fest, dass mindestens die Hälfte davon schon einmal repariert worden ist, weil einige davon dunklere Armlehnen aus anderem Stoffmaterial haben als die anderen. Nichtsdestotrotz habe ich einen Termin mit der Firma Flokk organisiert, welche die Firma Stoll Giroflex übernommen hat. Ich habe einen Servicetechniker kommen lassen, um das subjektive Urteil noch einmal zu objektivieren. Mir wurde mitgeteilt, dass, also Originalton, "der erste Eindruck optisch so in Ordnung, der Schaumstoff in diesen Sitzen entspricht nach über rund 40 Jahren Nutzungszeit jedoch nicht mehr den Anforderungen. Die Stühle sind sozusagen durchgesessen". Flicken kann man sie nicht mehr. Es gibt nicht mehr das entsprechende Material und Stoffe. Dies ist Tatsache, mehr sage ich nicht.

Jacqueline Magni: Wir haben zuerst auch gedacht, ok, wir können diese Stühle flicken. Ist doch gut, so machen wir es auch zu Hause. Was defekt ist, wird geflickt. Schlussendlich fanden wir aber trotzdem, es ist auch ein Repräsentationsobjekt und es ist auch ein Ausdruck von Wertschätzung, darum haben wir dann nachher wirklich gedacht, wir finden, wir dürfen neue Bürostühle haben.

Davorka Oluic: Die FDP-Fraktion ist ja sonst auch immer der Meinung, dass wir sparsam mit unseren Ausgaben umgehen sollten. Aber auch hier, bei Stühlen aus den 80er-Jahren ist aus dem ökologischen Aspekt wahrscheinlich schon eine Ersatzbeschaffung notwendig, aber, wie auch die Vorrednerin angedeutet hat, sind auch externe Besucher jeweils vor Ort und ich denke, es wäre nur schon aus diesem Grund auch ansehnlicher, wenn wir diese Ersatzbeschaffung machen würden.

Marco Erni: Es ist eigentlich alles schon gesagt, was ich sagen wollte, bis auf das Argument, dass man ja die Investition nicht streichen kann. Sie wird einfach aufgeschoben. Also irgendwann muss sie getätigt werden. Nach 40 Jahren sind sie mehr als abgeschrieben. Ich glaube, es wäre jetzt der gute Zeitpunkt dazu und tatsächlich sind einige davon nach längeren Sitzungen mit der Zeit schon unbequem. Der Wunsch wäre natürlich, dass man auch wieder solche Stühle beschafft, welche wieder 40 Jahre halten.

—
Keine weiteren Wortmeldungen
—

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 0290.3110.00 Anschaffung Büromöbel und -geräte, Mobiliar. Streichung Neuanschaffung neuer Bürostühle für das Sitzungszimmer. Das Konto ist um CHF 15'000 zu reduzieren (von alt CHF 19'000 auf neu CHF 4'000).

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Marco Erni: Konto 1500.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge. Die Fiko beantragt die Streichung der Anschaffung der 30 Pager komplett mit CHF 36'750 und damit eine Reduktion des Betrages auf CHF 10'620.

Begründung:

Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Totalausfall des Handynetzes kommt, ist als extrem gering einzuschätzen. Sollte es tatsächlich zu einer Notsituation kommen, wird zuerst bei den Handynetzen die Datenübertragung abgeschaltet, die Telefonie wird aber weiter unterstützt. Also man kann die Handys weiter brauchen. Sollte es tatsächlich zu einer Lage kommen, bei der die Elektrizitätsversorgung gravierend betroffen ist oder zu anderen massiven Störungen des Alltags, dann sind einerseits die Feuerwehrdienstleistenden kaum mehr an ihrem Arbeitsplatz, weil das schon vorauszusehen ist und andererseits bestünden dann wohl so gravierende Probleme, dass die Organisation über überregionale Ordnungsdienste wie Polizei, Militär und Zivilschutz laufen würde. Schon 2020 hat der Einwohnerrat einen entsprechenden Antrag nicht bewilligt. Unserer Ansicht nach hat sich seither die Einschätzung zur Notwendigkeit der Beschaffung der Pager nicht geändert.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Im Jahr 2020 haben wir effektiv über ein neues Funknetz abgestimmt. Da wurde auch ein Teil über Pager entschieden. Seither sieht der Alltag etwas anders aus. Wir haben uns im letzten Jahr der Androhung von rollierenden Stromabschaltungen möglicher "Blackouts" gegenübergesehen. Auch jetzt beim Hochwasser in Griechenland konnte man hören, dass nach einer Stunde das Mobilfunknetz ausgefallen ist. Das Mobilfunknetz fällt bei jedem Stromausfall nach einer Stunde aus. Was heisst das für Obersiggenthal? Aktuell ist es so, dass die Notfallalarmierung in Obersiggenthal über das Handy läuft. Wenn wir jetzt keine Pager haben, welche unabhängig funktionieren, dann ist es so, dass die Feuerwehr, also es hat ein paar Wenige, welche einen solchen Pager haben. In das Feuerwehrmagazin geht, die Lautsprecher auf einer Magnetplatte auf das Auto stellt und dann eine vordefinierte Route durch das Dorf abfährt und versucht, im Notfall die Feuerwehrleute zu alarmieren. Ich kann nicht abschätzen, wie erfolgreich das sein wird. Ich weiss nur, dass man das mit einem Pager nicht machen müsste und die Notfallalarmierung funktionieren würde.

Davorka Oluic: Auch hier sind wir daran, da es sich hiermit um eine Anschaffung handelt, welche sicherheitsrelevant ist. Eine Teilersatzbeschaffung macht in unseren Augen wenig Sinn, da es vor allem jetzt mit der Feuerwehr bzw. bei den First Respondern eine Umstrukturierung geben wird und die heutigen Pager sind ja, glaube ich, bei den First Respondern. Darum stimmt die FDP-Fraktion dem Gemeinderat zu über die vollständige Neuanschaffung der Pager.

Peter Huber: Ich arbeite in einer solchen Organisation, bei welcher wir es auch brauchen. Wir haben jetzt völlig aufgerüstet wegen Gasmangellage, Strommangellage, alles was anläuft. Ich würde darauf tippen, dass man den Antrag ablehnt, weil Ihr die Sicherheit schätzen werdet, wenn die Leute wirklich erreichbar sind, auf dem Platz stehen und ihren Job machen. Wir müssen das auch versuchen. Wir haben keine Unterstützung des Blaulichts in dem Moment. Sie sind dann auch überfordert. Also lehnt diesen Antrag bitte ab.

Daniel Gadiant: Ich möchte schnell auf die Aussagen zurückkommen, wie häufig fällt das Netz aus. Im 2023 haben wir bis jetzt einmal einen grösseren Netzausfall gehabt. Im 2022 zweimal und im 2021 dreimal inklusive der Notrufnummern, die dort ausgefallen sind. Das war der Moment, als unsere Feuerwehr die Notfalltreffpunkte besetzt hat. Es muss nicht immer die Not-

fallnummer sein, die ausfällt. Es kann auch unser Handynetze sein, welches ausfällt und wir können von der Feuerwehr nicht erreicht werden. Mit einem Pager, welcher auf einem unabhängigen Netz läuft, sind wir erreichbar. Darum bitte ich Euch auch, diesen Antrag der Fiko abzulehnen.

Daniela Graubner: Ich habe vorher noch mit einem Herrn, welcher hinten sitzt, draussen gesprochen. Er hat mir gesagt, dass sie heute bei einem Notruf alle aufbieten. Mit einem Pager aber können sie ganz gezielt nur diejenigen, die sie brauchen, aufbieten. Kann da jemand Auskunft geben, wie das ist?

Daniel Gadiant: Ich weiss nicht, was da genau besprochen worden ist. Es ist einfach so, dass wir heute auch schon die gewissen Alarmierungsgruppen haben, welche aufgebieten werden. Das ist vielleicht auch so eine Frage: Wir haben 100 Leute in der Feuerwehr, warum brauchen wir 30 Pager? Die 30 Pager brauchen wir, weil 33% der Feuerwehr per Notalarmierung erreichbar sein muss. Mit diesen Pagern der First Respondern decken wir 33% ab. Das ist vermutlich das, was er sagen wollte, dass die Notalarmierung dann die 33 Personen erreicht. Aber die Alarme brauchen wir bis jetzt trotzdem.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 1500.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge. Streichung der Anschaffung 30 Pager komplett mit CHF 36'750 und damit eine Reduktion des Betrages auf CHF 10'620.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

2 Bildung

Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Wortmeldungen.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen

7 Umweltschutz und Raumordnung

Daniel Jenni: Bei der Abfallwirtschaft, das ist Konto 7301.3130.30 übrige Abfallarten und Sonderabfälle. Die Fiko beantragt die Streichung des Projekts Kunststoffrecycling von CHF 12'000. Dadurch reduziert sich der Betrag des Kontos von CHF 31'000.00 auf CHF 19'000.

Begründung:

Einen Versuch zur Etablierung des Kunststoffrecyclings zum jetzigen Zeitpunkt erachten wir als nicht sinnvoll, da einerseits bei den Grossverteilern ähnliche Absichten bestehen und schon in Abklärung sind und andererseits zwar die Ökobilanz besser ist als auch schon, jedoch ein ungünstiges Kosten/Nutzen-Verhältnis besteht. Wir halten aus Kostengründen einen Alleingang der Gemeinde als verfehlt, insbesondere weil mit Folgekosten zu rechnen ist. Ein weiterer Grund, den ich nicht aufgeführt habe, ist natürlich noch, dass wir jetzt in Abklärung wegen des neuen Entsorgungsplatzes sind, welchen wir umrüsten, damit das dann dort vielleicht in das ganze Projekt eingeflossen werden kann.

Christian Keller, Gemeinderat: In den Schweizer Haushaltungen fallen jedes Jahr rund 100'000 Tonnen Plastik und Kunststoffabfälle an. Da ist PET noch nicht einmal dabei. Es gibt zwar schon Anstrengungen, dass man die Kunststoffe sammelt, man kennt das. Vor Coop und Migros hat es Sammelboxen. Nur ist es so, dass das eine sehr selektive Sammlerei ist und dort werden gewisse Wertstoffe herausgelesen und der Rest wird in die Verbrennung gebracht. Der Grund dafür ist, dass unter heutigen Bedingungen ein Kunststoffrecycling nicht kostentragend realisierbar ist. Wenn wir das nicht machen, ist es nur mit der Unterstützung der öffentlichen Hand möglich. Warum wollen wir das machen? Das ist das Projekt, welches unsere Energie- und Umweltkommission erarbeitet hat und bei welchem der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, dass es eigentlich eine sinnvolle Sache ist. Kunststoff nach einmaligem oder wenigem Gebrauch einfach zu vernichten ist nicht nachhaltig. Das ist klimaschädlich, es ist eine sinnlose Ausbeutung von natürlichen Ressourcen. Wir finden, dass wir als öffentliche Hand in der Pflicht stehen, dass wir hier Möglichkeiten schaffen, dass vernünftiger mit diesen Rohstoffen umgegangen werden kann, damit sie wieder in den Kunststoffrecycling-Kreislauf zurückgeführt werden können. Darum würden wir gerne daran festhalten.

Das Argument ist noch gefallen, dass wir daran sind, unseren Entsorgungsplatz neu zu konzipieren. Aus meiner Sicht hat das damit gar nichts zu tun. Es sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Natürlich braucht es auch Platz dafür, aber der Platz wird vorher, nicht nachher gebraucht. Das kann man eigentlich gar nicht in die Waagschale werfen.

Das Projekt sieht so aus: Wir wollen im nächsten Jahr eine Informationskampagne machen. Das ist der Löwenanteil dieser Kosten. Die Kosten um die CHF 8'900 bestehen darin, dass jede Haushaltung in der Gemeinde einen Sammelsack kostenlos erhält sowie einen Informationsflyer. Kosten fallen vor allem bei der Verteilung an. Die anderen CHF 3'000 sind für das Recycling selber, also um den Recycling-Prozess zu unterstützen. Das wird in der Schweiz gemacht. Es ist ein Unternehmen in der Ostschweiz, im Kanton Thurgau. Dort wird das Recycling gemacht. Die Sortieranlage befindet sich im St. Galler Rheintal, aber auf der anderen Seite der Grenze, in Dornbirn oder in einer der Gemeinden dort. Es ist eine hochmoderne Anlage, welche das heute vollautomatisch sortieren kann. Es ist auch Zukunft; in diese Richtung muss es gehen. Es ist einfach so, dass heute etwa 500 Gemeinden in der Schweiz in diesem System mit dabei sind und eigentlich braucht es letztlich eine bundesweite Lösung, denn je mehr Gemeinden mitmachen, desto mehr fallen die Kosten für die Sortiererei. Kostentragend wird es wahrscheinlich auch dann nicht werden, aber ich meine, wir stehen in der Pflicht, dass wir mit diesen Problemen, mit welchen wir arbeiten und unserem Lebensstil irgendwie umzugehen lernen und hier auch sinnvolle Lösungen finden. Ich bitte darum, den Antrag der Fiko abzulehnen.

Mara Jenni: Wir haben in der SP-Fraktion den Streichungsantrag für das Projekt Kunststoffrecycling am Anfang kontrovers diskutiert. Wir haben uns dann nach der zusätzlichen Informationsbeschaffung über das Aargauer Unternehmen InnoRecycling und das Projekt, genannt Sammelsack, einstimmig gegen den Streichungsantrag der Fiko entschieden. InnoRecycling arbeitet als Unternehmen schon lange im Recycling von industriellen Kunststoffabfällen. Der Kunststoff wird gesammelt, dann sortenrein sortiert und dann zu neuem Granulat verarbeitet und aus diesem Rohstoff können dann wieder neue Kunststoffprodukte hergestellt werden. Christian Keller hat es vorher schon erwähnt: Bundesweit, aber ich habe noch Zahlen herausgesucht, also von 337 Gemeinden in Bern z.B. auch schon 50 Gemeinden in diesem Projekt von InnoRecycling mitmachen und natürlich kann man sagen, dass jetzt ein Alleingang von uns als Gemeinde nicht sinnvoll ist, aber ich finde, in einem System von bürgerlicher Politik, bei welchem man ja nicht mit Verboten arbeiten will, sondern mit Anreiz und Innovation, liegt es auch in unserer Verantwortung, solche Projekte voranzutreiben. Eine Partnerschaft mit anderen Gemeinden kann auch daraus entstehen, wenn wir als Gemeinde nun voranpreschen. Logisch, das Nachhaltigste beim Plastik ist nie das Recycling, sondern das Vermeiden. Das sieht aber in unserer Realität einer Konsumgesellschaft ohne griffige Verbote nicht so aus, als würde sich hier gross etwas verändern. Wenn man Plastik braucht, geht seit Jahren alles andere zurück. Darum befürworten wir, dass die Gemeinde Obersiggenthal versucht, Verantwortung zu übernehmen und bittet Euch als Rat darum, dass das Wenige, welches wir als Gesellschaft im Kampf gegen Verschmutzung eigentlich uns zu unternehmen einigen können, dass dies nicht mit diesem Streichungsantrag der Fiko verhindert wird. Wir reden in diesem Rat immer von finanzpolitischer Verantwortung für die Zukunft und das hat absolut auch seine Berechtigung. Ich denke aber, das könnte man auch ergänzen mit einem ähnlichen Bewusstsein für die Umweltverantwortung, welches wir für unsere Zukunft ebenfalls tragen und darum bitten wir den Rat, den Streichungsantrag der Fiko betreffend Kunststoffrecycling abzulehnen.

Tomas Nezel: Das Sammeln von Plastikabfällen zu recyceln, ist ganz klar eine saubere Sache. Da stehen wir natürlich voll dahinter. Es ist einfach noch die Frage, wie. Ob das jetzt der richtige Weg ist? Ich verstehe es immer noch nicht so ganz genau. Mir ist z.B. noch nicht klar, wie die Säcke von hier aus der Schweiz herauskommen. Das andere, was ich mich noch frage, ist, muss immer alles der Staat, resp. die Gemeinde, machen? Es gibt auch privatwirtschaftliche Lösungen. Wir haben ein "Brings" in der Nähe. Es kann jeder jetzt schon einen Sack kaufen und den Plastik zu Hause sammeln und dann wieder dem Recycling zurückgeben. Vielleicht könntest Du, Christian Keller, die Details noch etwas erklären. Wird das dann eingesammelt und wie kommt das dorthin?

Christian Keller, Gemeinderat: Ich kann gerne probieren, noch etwas dazu zu sagen. Ich weiss jetzt nicht, was im "Brings" ein solcher Sammelsack kostet. Unser Ziel ist, dass ein Sammelsack für Kunststoff etwas weniger kostet als der graue Abfallsack. Also bei uns ist der Sack jetzt rot. Ihr wisst, was ich meine. Das mit dem Gedanken, dass ja auch ein Anreiz finanzieller Natur bestehen soll, dass diejenigen, welche sich die Mühe machen, den Abfall zu trennen, nicht mit einem Sack bestraft werden sollen, welcher doppelt so teuer ist als der herkömmliche Kehrichtsack. Wie gesagt, eine privatwirtschaftliche Lösung kann nicht funktionieren, wenn die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt so tief sind, dass sich das Recycling nicht lohnt. Man kann natürlich auch sagen, rein nach ökonomischer Logik, dass es nicht rentiert, also machen wir es nicht. Wir haben nebenan ein KVA, dann verbrennen wir es dort. Im Winter wird es zu Wärme verarbeitet; thermische Verwertung sagt man dazu. Aber dies ist nicht nachhaltig und wir verbrennen den Abfall ja auch im Sommer. Wir müssen uns halt schon überlegen, ob wir so weitermachen wollen, wie wir uns das gewohnt sind: Plastik einmal zu brauchen und dann wegzuerwerfen, oder ob wir uns auch einmal in eine andere Richtung besinnen wollen und auch ökologische Werte in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Jacqueline Magni: Wir haben all diese Punkte auch diskutiert und gleichzeitig müssen wir sagen, dass sich der Plastikanteil im Kehricht schon so reduziert hat, dass das KVA einfach zusätzlich Brennstoffe hineingeben muss, damit die Öfen richtig laufen. Wir sind auch für das Sparen und wir sind auch für die Ökologie, wir sind auch für die Umwelt und gleichzeitig ja Aufwand und Ertrag.

Marco Erni: Ich muss einfach kurz sagen, das stimmt nicht. Das war früher so, dass es weniger Plastik darin hatte, als es noch mehr Kompost hatte. Es gibt keine zusätzliche Brennstoffe, die man noch hinzufügen muss. Das ist ein Update. Es hat einmal gestimmt, aber das ist nicht mehr so.

Christian Buser: Die Fraktion - Die Mitte wird dies mehrheitlich unterstützen und es ist Ökologie erwähnt worden. Das Gesetz ist relativ klar mit der Frage mit zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen, Recycling, Vernichtung und das ist ein Recycling, also eine Vermeidung. Die Gesetzeslage ist eindeutig.

Christian Blum: Wir lehnen den Antrag der Fiko ab. Ich habe in den letzten Jahren relativ wenig Innovation gesehen im Thema Abfallwirtschaft, ohne jetzt jemandem auf die Füsse treten zu wollen und die Unterflurthema sind, sicherlich Innovation. Aber das, was die Gemeinde sammelt im technischen Zentrum oder dezentral, da hat sich schon lange nichts mehr daran geändert und das ist jetzt eigentlich ein neuer Schritt, um wirklich auch was bewegen zu können. Wir selber in der Familie haben privat schon seit einem Jahr den Sammelsack über die Firma Frunz und das hat sich recht bewährt. Da geht recht viel rein. Das was in den roten Sack reinkommt. Es ist auch erwähnt worden, dass es unter dem Strich, nicht dass es eine Rolle spielt, kostenneutral oder sogar billiger ist. Was wir in der EUK auch diskutiert haben, ist, wir haben auch mit der Firma Frunz geredet, dass sie im Dorf einen Container zu bestimmten Zeitpunkten aufstellen, sodass die Leute, die einen Sammelsack haben, ihn nicht mit dem Auto nach Turgi oder Gebenstorf bringen müssen, sondern dass sie ihn lokal abgeben können und dort ist auch der Link zum technischen Zentrum. Wenn wir die Kunststoffsammlung etablieren möchten, dann spielt das technische Zentrum später schon auch eine Rolle und wir können es auch ein bisschen als ein Vorprojekt ansehen. Es gibt Projekte von der Migros und Coop, aber relativ nicht allzu viele davon, wir wissen nicht, wie es da weitergeht. Von daher macht es sicherlich Sinn, hier schon voranzugehen und nicht auf andere zu warten. Zum Thema KVA: Andreas Kieninger von der EUK hat der KVA im Juni ein E-Mail geschickt mit der Anfrage, ob das in irgendeiner Form die Kehrichtverbrennung beeinflussen würde, wenn wir jetzt hier Kunststoff sammeln würden. Die Antwort war: "Sehr geehrter Herr Kieninger, wir haben uns vor einigen Jahren mit dem Thema befasst und unser Vorstand hat dazumal der Gemeinde empfohlen, eine separate Kunststoffsammlung, falls gewünscht, mittels einer Konzession zu realisieren. Wir erwarten durch die separate Kunststoffsammlung keine negativen Auswirkungen auf den Betrieb unserer KVA."

Daniela Graubner: Ich habe eine Frage. Christian Keller, wieviel dieses Plastiks wird rezykliert, ist man da bei 100%? Also, kann alles im Sack Enthaltene von dieser Firma rezykliert werden oder können sie nur Teilstoffe davon brauchen und wiederverwenden und der Rest wird z.B. doch wieder weggeworfen? Weiss man da etwas?

Christian Keller, Gemeinderat: Ganz genau kann ich es nicht sagen. Ich meine, ich hätte eine Zahl von ca 80 – 90% gesehen. Es ist nicht ganz alles möglich. Es gibt auch Verbundmaterialien, welche sich auch in einer solch modernen Anlage nicht trennen lassen, aber man kann sehr viel mehr machen, als heute gemacht wird.

Anand Keshava: Ich möchte noch sagen, dass wir dieses Jahr CHF 12'000 im Budget haben, aber es hat auch Folgekosten, ich glaube etwa CHF 8'000, hast du gesagt. Also wir stimmen eigentlich über einen grösseren Betrag ab als über CHF 12'000 wegen der Löhne. Ich glaube, das ist auch wirklich gut gemeint. Die Innovation ist ja sehr gut. Ich muss aus diesem Grund zwei Sachen sagen: Erstens: Das Sammeln und Recyceln von Plastik fördert die Plastikproduktion und dementiert schädliches Konsumverhalten. Dies ist eine Aussage, die sie machen. Die zweite Aussage ist: Wenn eine Person in der Schweiz ein Jahr lang 70% des Plastikabfalls separat sammelt, entsteht ein ökologischer Nutzen, der dem Verzicht eines Rindsentrecôts entspricht. Der Nutzen dieses Plastikrecyclings ist eigentlich ziemlich klein. Man muss auch überle-

gen, dass man den Plastik zuhause zuerst sammeln muss. Danach fahren die meisten wahrscheinlich mit dem Auto zur Entsorgungsstelle. Dann wird es von der Entsorgungsstelle in die Ostschweiz transportiert. Ich glaube, die Kosten und Nutzen sind nicht gut in diesem Fall.

Peter Huber: Ich verstehe nicht ganz, was der Anreiz einer Gemeinde für so etwas sein soll. Ich bin nicht mehr der Jüngste. Ich sehe hier viele junge Leute, welche viel jünger sind als ich und sie haben das gelernt und machen das heute schon. Wir sammeln auch Plastik. Welchen Anreiz gibt es für die Gemeinde, die Säcke statt CHF 2.90 für CHF 1.50 zu verkaufen? Ich glaube, es geht hier um den Menschen. Der Mensch muss die Überzeugung haben, dass diese Sachen gesammelt werden sollen. Dies muss nicht die Gemeinde unterstützen. Darum werde ich ganz sicher diesen Antrag unterstützen, damit es abgelehnt wird.

Christian Keller, Gemeinderat: Es ist schon so. Heute haben gerade junge Menschen verstanden, dass wir mit der Ökologie dann ein Problem haben und dass wir einen anderen Umgang mit Ressourcen, mit unserer natürlichen Umwelt lernen müssen. Sie würden es ja sehr gern machen. Das Problem ist, dass es heute das flächendeckende Recycling von Kunststoff noch nicht gibt, weil, wie ich es ausgeführt habe, es nicht kostendeckend machbar ist. Es geht nicht ohne Unterstützung der öffentlichen Hand. Ich möchte das in Zukunft einmal, aber heute ist dies nicht möglich. Darum danke ich Christian Blum. Ja eigentlich haben wir einen gesetzlichen Auftrag, dass wir Abfälle korrekt bearbeiten und behandeln und dann heisstes als Erstes, dass das Recycling im Vordergrund steht und erst danach, wenn man nicht mehr anders damit umgehen kann, wird es irgendwann entsorgt.

Zu den Folgekosten: Es geht heute nur um die CHF 12'000 in diesem ersten Jahr. Wir werden im nächsten Sommer entscheiden, wenn wir sehen, wie es läuft, ob wir auch für das nächste Jahr noch einen Betrag erfassen. Dieses Jahr ist es besonders kostenintensiv, weil wir die Werbeaktion wollen und machen müssen. Das Recycling selber kostet im ersten Jahr nach Schätzung von InnoRecycling CHF 3'000. Im zweiten Jahr sind es noch CHF 5'500 und im dritten Jahr CHF 8'500, weil je länger das Angebot besteht, um so grösser wird auch das Volumen. Es braucht eine gewisse Zeit, bis die Bevölkerung dieses Angebot auch annimmt. Wie gesagt, wir werden heute Abend nur über das erste Jahr entscheiden und falls der Gemeinderat es das nächste Jahr wieder aufnimmt, dann können wir das nächste Jahr noch einmal über diese Sache diskutieren.

Kim Grab: Eine grundsätzliche Frage: Wo werden diese Sachen hingebacht, wenn man sie gesammelt hat, wo ist das Konzept? Wir haben das jetzt noch nicht. Es ist ja ein Postulat hier, dass man die Abfallentsorgungsstellen anschauen, aktualisieren, für das Angebot erweitern muss. Es ist jetzt noch nichts vorhanden. Es ist schön und gut, dass man diese Säcke an die Haushaltungen verteilt. Wie ist es weiter angedacht, wo bringt man sie hin? Zahlt die Gemeinde etwas für die Abholung? Werden sie gratis abgeholt? Momentan kann man diese Säcke ja in der Gemeinde nirgends abgeben.

Christian Blum: Das genaue Konzept wird noch ausgearbeitet und die Abholung gehört auf jeden Fall dazu. Es macht keinen Sinn, dass man den Leuten einfach den Sack gibt und sagt: "Kümmert Euch selber darum". Die Idee ist eigentlich, dass man mit der Firma Frunz zusammenarbeitet, dass diese zentrale Container aufstellen und dass die Leute die Möglichkeit haben, den Sack dort abzugeben.

Kim Grab: Also stimmen wir heute über etwas ab, was eigentlich noch gar nicht konkretisiert ist, wie es aussieht.

Christian Blum: Ja es ist ein bisschen "chicken and egg". Man möchte es eigentlich generell vom Einwohnerrat genehmigt haben und die EUK macht dann die Feinplanung. Da gab es schon Gespräche und das ist auf jeden Fall das Ziel, dass man hier auch die Abholung miteinbaut.

Daniel Gadiant: Ich würde es eine viel bessere Idee finden, wenn man dieses Thema noch einmal ein Jahr hinausschiebt. Dafür wissen wir nachher, wie das mit der Abholung läuft, wissen wir vielleicht, wegen dem Entsorgungsplatz, ob man eine Mulde hat, wo man es hineinlegen kann. Jetzt ist es einfach so, dass wir über etwas abstimmen, das wir nicht haben. Der Gedanke ist gut und recht, die Abfallsäcke sollen unter die Leute gebracht werden und die Leute zum Plastiksammeln animieren. Aber danach wissen wir nicht wie weiter und wir sollen jetzt darüber abstimmen. Ich finde dies etwas schwierig.

Christian Buser: Was ich sagen kann: Wir haben einmal diskutiert, es sind neue Prioritäten, seit dieser Registraturperiode. Wir waren schon sehr frustriert, dass wir im ersten Jahr betr. Budget im Einwohnerrat nichts erreichen konnten. Es hat sich so hingezogen. Du sagst: "Wartet noch einmal ein Jahr". Wir haben eigentlich schon ein Jahr gewartet, bis es hier nun zur Sprache kommt. Es handelt sich um einen relativ kleinen Budget-Posten. Man muss auch verstehen, es ist nicht das allgemeine Budget; es ist wirklich das Budget der Abfallwirtschaft, bei welchem wir ein Vermögen haben von, ich weiss nicht genau, CHF 700'000. Das belastet nicht das allgemeine Budget zu unserem Budget der Abfallwirtschaft, bei welchem wir eigentlich recht gut dastehen, bei welchem wir dieses Jahr auch keine Preiserhöhung, eben CHF 12'000 haben und letztlich kann ein massiver Wechsel stattfinden.

Lukas Füglistler: Nur noch ein kleiner Input: Vielleicht wäre es noch interessant gewesen; Das Postulat ist im 2022 eingereicht worden. Wenn Christian Keller als zuständiger Gemeinderat für die Entsorgung sich diesem Postulat vielleicht angenommen hätte und nicht der Finanzvorsteher, hätte man dies vielleicht mit einer Klappe schlagen können.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich traue meiner Spannkraft zu, dass ich dieses Thema bearbeiten kann.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag Fiko: Konto 7301.3130.30 übrige Abfallarten und Sonderabfälle. Die Fiko beantragt die Streichung des Projekts Kunststoffrecycling von CHF 12'000. Dadurch reduziert sich der Betrag des Kontos von CHF 31'000.00 auf CHF 19'000

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Christoph Villiger, Präsident: Wir sehen hier die Wasserwerke, Spezialfinanzierungen, gibt es noch Fragen dazu? Abwasser? Abfallwirtschaft?

Keine Wortmeldungen.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2024 inkl. den heute beschlossenen Änderungen und inkl. den Spezialfinanzierungen von Wasser, Abwasser, Abfall mit einem unveränderten Steuerfuss von 110% und der Summe der Stellenprozente gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser, Abfall die Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m³ gemessenen Wasserverbrauch, der Beibehaltung der Benützungsgebühren pro m³ gemessenen Wasserverbrauch und der Beibehaltung der Kehrichtgebühren zuzustimmen.

Das Budget 2024 wird einstimmig genehmigt.

7 2023/18 Umfrage

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Sie haben den Text von Tomas Nezel erhalten. Ich habe aber auch von Lukas Füglister noch Fragen zugestellt erhalten. Ich würde diese in einem Durchgang beantworten.

Als Erstes muss ich sagen, der Entscheid, die Umsetzung des Parkierungsreglements auszusetzen, ist uns nicht leichtgefallen. Wir verstehen auch den entstandenen Unmut. Wir entschuldigen uns dafür. Nachdem aber klare Mängel zu Tage traten, war dieser Entscheid unausweichlich, um nicht noch ein grösserer Aufwand, Schaden und Umstände entstehen zu lassen. Wir sind überhaupt nicht davon begeistert, dass dieser Entscheid nötig war.

Was waren die Gründe, weshalb das Parkraumkonzept nicht zum geplanten Termin umgesetzt werden konnte?

Wir haben festgestellt, dass die Pläne betreffend Signalisationen und Markierungen unvollständig sind. Das hatte einen Einfluss auf Bestellungen, welche nicht ausgelöst waren. Zum Glück, muss ich sagen und auf die Publikation. Insbesondere müssen auch zu ersetzende oder aufzuhebende Signalisationen publiziert und verfügt werden. Ohne eine richtige Verfügung, Publikation, Signalisation und Markierung können richtigerweise auch keine Bussen ausgesprochen werden. Die Einschätzung der internen zuständigen Fachperson über die Komplexität dieser Umsetzung des Parkierungsreglements in Verbindung mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten waren nichtzutreffend, muss man aus heutiger Sicht sagen. Vom Zeitpunkt der Ausarbeitung des Kreditantrags bis zum Ende der Tätigkeit für die Gemeinde hat es keine Hinweise darauf gegeben, dass die Person die Verkehrs- und Prozessplanung nicht im Griff haben könnte. Ein optimistischer Zeitplan, gepaart mit dem Willen, für die Gemeinde möglichst bald eine Beruhigung der Parkierungssituation zu erreichen und die damit verbundenen Parkgebühren einnehmen zu können, ist ein weiterer Grund.

Zur nächsten Frage:

Welche personellen und materiellen Ressourcen haben gefehlt und aus welchen Gründen?

Leider sind zwei Schlüsselpersonen für die Umsetzung in der Zeit zwischen der Kreditgenehmigung und dem Zeitpunkt, an welchem es hätte umgesetzt werden sollen, erkrankt. Ausserdem hatte es eine Abfolge von Krankheit, Kündigung der internen Fachperson und Ferien gegeben. Die zuständige Fachperson hat in bilateralen Gesprächen bis zuletzt die richtige und

fristgerechte Umsetzung zugesichert. Das geht auch aus der Liste hervor, welche wir am Schluss mit der Auflistung der Pendenzen erhalten haben. Retrospektiv müssen wir erschwerend noch sagen, dass wir in dieser Zeit unvorhergesehen in drei zusätzlichen Arbeitsgruppen für Planungen des Kantons berufen worden sind. Arbeitsgruppen, welche im Zusammenhang GVK Raum Baden und Umgebung stehen.

Eine weitere Frage von Lukas Füglistler:

Warum ist von Seiten des Gemeinderates nicht von Anfang an klar mitgeteilt worden, dass die Kompetenz innerhalb der Verwaltung fehlt und es aus diesem Grund zu Verzögerungen kommen wird?

Wie ich bereits gesagt habe, sind im Rahmen der bilateralen Gespräche mehrfach die geplanten Einführungstermine thematisiert worden. Die richtige und fristgerechte Umsetzung ist zugesichert worden.

Wie sieht der Projektplan aus? Welche Aufgaben sind aufgelistet und in wessen Verantwortung stehen diese?

Die interne Fachperson hat folgende Pendenzen gehabt:

Signalisation und Markierung

- Planung
- Offerten Einholung
- Prüfung Offerten
- Vergaben (Die Geschäftsleitung war involviert)
- Instruktion der berücksichtigten Firmen und des Baudienstes
- Installation und Abnahme

Parkuhren

- Planung
- Offerten Einholung
- Prüfung Offerten
- Vergaben (Die Geschäftsleitung war involviert)
- Programmierung durch Digitalparking
- Installation und Abnahme

Applikation

- Kontakt und Vorbesprechung mit dem Anbieter
- Vertragsschluss
- Instruktion über das beschlossene Parkierungsreglement nach der Einwohnerratssitzung
- Programmierung
- Kontrolle
- Schulung der Programmierung und Organisation Schulung und Personal

Stadtpolizei

- Kontakt und Vorbesprechung des Aufgabenbereiches, Offerten und Vertrag
- Instruktion und Koordination

Private Sicherheitsfirma (muss von der Stadtpolizei akkreditiert sein)

- Offerten Einholung
- Prüfung Offerten
- Vergabe
- Geschäftsleitung
- Instruktion und Koordination

Geschäftsleitung

- Freigabe von Vergaben im Rahmen des Kredits

- Definition der verwaltungsinternen Prozesse und Zuständigkeiten
- 2nd Level für Programmierung, App und Parkuhren

Wie hat der Gemeinderat bis jetzt den Fortschritt im Projektverlauf kontrolliert?

Es haben regelmässig bilaterale Gespräche mit der zuständigen internen Fachperson stattgefunden. Man hat anhand einer Pendenzenliste den Fortschritt abgefragt, gemeinsam kontrolliert und eine Festlegung der weiteren Schritte mit Terminen vorgenommen. Man hat regelmässig den Einführungstermin thematisiert. Ich hatte Einsicht in die Offerten und Verträge sowie Einsicht in die Programmierung der App gehabt. Ich war bei diversen Gesprächen dabei.

Wer im Gemeinderat trägt die Verantwortung für die Umsetzung?

Gestützt auf mein letztes Votum ist unschwer zu erkennen, dass ich, Bettina Lutz Güttler, dafür zuständig war und immer noch bin.

Welche zusätzlichen Kosten sind wegen dieser Verzögerung angefallen oder fallen noch an?

Wir haben umgehend mit der Digitalparking AG und mit den definierten Lieferanten für diese Signalisationstafeln Kontakt aufgenommen. Wir haben mit der Stadtpolizei und mit der privaten Sicherheitsfirma Kontakt aufgenommen. Wir konnten die ganzen Abwicklungen sistieren. Es ist also interner Aufwand bei der Stornierung dieser Aufträge entstanden. Ebenfalls ist ein interner Aufwand im Zusammenhang mit der Rückerstattung der Parkgebühren entstanden. Man könnte sich jetzt fragen, ob der Beizug eines Fachplaners, welchen wir jetzt noch aufgleisen müssen, als Schaden angeschaut werden könnte. Retrospektiv muss ich sagen, man muss eigentlich davon ausgehen, dass das Ohnehin-Kosten sind. Die Kosten sind im Kredit nicht vorgesehen, gestützt auf die Einschätzung der Fähigkeiten und Kenntnisse des internen Fachplaners. Korrekterweise hat man aber externe Fachpersonen von Anfang an beiziehen müssen. Insofern sehe ich im Moment kein entstandener Schaden. Die genauen Kosten, die entstehen werden, kann ich im Moment nicht beziffern. Wir werden nach den Herbstferien einen Termin haben, an welchem wir das weitere Vorgehen absprechen und koordinieren werden.

Es könnte noch Fragen zu den entgangenen Parkgebühren geben. Retrospektiv muss man sagen, der Zeitplan war zu optimistisch. Wir haben selbstverständlich die Nachtparkgebühren, gestützt auf das alte Reglement, sofort in Rechnung gestellt.

Frage von Lukas Füglistler:

Auf welchen Parkfeldern ist die rechtliche Durchsetzung in Frage gestellt? Aus welchem Grund kommt der Gemeinderat zu diesem Punkt?

Generell mussten wir feststellen, dass die vorhandenen Pläne offenbar nicht den Anforderungen, welche für die Publikation notwendig sind, entsprechen. Besonders nördlich der Landstrasse in Nussbaumen stellen sich ein paar signaltechnische Fragen, welche wir aktuell nicht beantworten können. Wie man unschwer erkennen kann, ist die Markierung auf dem Hirschenparkplatz offensichtlich falsch. Es ist nämlich so, dass der öffentliche Bereich des Parkplatzes, welcher bewirtschaftet werden soll, als "privat" bezeichnet ist.

Welche Lehren ziehen der Gemeinderat für die Zukunft aus dem Ganzen?

Wir sind der Meinung, dass die internen Ressourcen für Alltagsgeschäfte reserviert werden sollten. Grössere, aufwendigere, komplexere Projekte müssen wir unbedingt zusammen mit externen Fachpersonen erledigen, aufgleisen, planen und mit interner Projektüberwachung abwickeln. Im Umgang mit den Ressourcenanforderungen des Kantons für kantonale Projekte müssen wir besonders vorsichtig sein. Der Gemeinderat hat bereits entschieden, dass er sich an gewissen kantonalen Projekten nicht beteiligen möchte, auch wenn sie sinnvoll wären, z.B. ein Pilotprojekt betreffend Regenwasserbewirtschaftung. Die Teilnahme an Sitzungen mit di-

rektem Bezug zu Obersiggenthal sind bei kantonalen Projekten sicher sinnvoll und wir beschränken uns darauf. Gerade auch bei diesen angesprochenen Arbeitsgruppen im Zusammenhang mit dem GVK um Baden und Umgebung werden wir uns an die Teilnahme an Sitzungen dann beschränken, wenn es wirklich einen direkten Bezug zu Obersiggenthal hat. Beispielsweise in der Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr werden wir uns zurückhalten, wenn es um die Linienführung der Limmattalbahn ab Killwangen bis nach Baden geht.

In Aussicht gestellte, einfache und zu rasche Umsetzungen werden wir künftig kritischer hinterfragen. Wir werden auch Umsetzungstermine künftig erst kommunizieren, wenn sie auch tatsächlich feststehen. Letztlich muss ich sagen, ich musste lernen, "Gut Ding will Weile haben", "Geduld ist eine Tugend". Ich wollte zu schnell voran gehen.

Wie geht es nun weiter?

Nach den Herbstferien findet zusammen mit dem Gemeindegemeinschafter ad interim, mit einem externen Fachplaner und mit mir eine Sitzung statt. Dabei nehmen wir eine Auslegeordnung vor und versuchen abzuschätzen, wie gross der zeitliche und finanzielle Aufwand für eine Sichtung und Überarbeitung der Pläne für eine richtige Signalisation und Publikation ist und ob der bewilligte Kostenrahmen eingehalten werden kann. Gleichzeitig werden wir auch weitere mögliche Schnittstellen zu weiteren pendenten Projekten prüfen. Wie bereits eingangs gesagt: Auch der Gemeinderat ist keineswegs begeistert über die eingetretene Verzögerung und Tatsache, dass wir die Pläne mit Signalisationen, Markierungen und Koordination mit der Publikation durch eine externe Fachperson überprüfen lassen müssen. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies der einzig richtige Weg ist, um die Umsetzung zu einem guten Abschluss zu bringen.

Christoph Villiger, Präsident: Wir sind immer noch bei der Umfrage.

Sandra Hehli: Ich habe eine Frage. Am 13. Mai hat es ja hier im OSOS gebrannt, in den Werkräumen oder dem Dach. Sind diese Werkräume schon wieder benutzbar oder nicht? Wie ist der jetzige Stand?

Peter Stucki, Vizeammann: Nein, sie sind noch nicht bereit. Die Instandsetzungsarbeiten sind immer noch im Gange.

Daniela Graubner: Ich habe eine Anschlussfrage: Es gab ja noch einen Wasserschaden im M und I Raum (Medien und Informatik). Das Wasser wurde durch die Spinde hindurchgedrückt. Was könnt Ihr dazu sagen?

Peter Stucki, Vizeammann: Ich höre das erste Mal davon.

Carol Demarmels: Es ist auch erst ein paar Tage her. Also 3 Tage ist es her.

Bernhard Wehrli: Ich kann höchstens schnell sagen, weil ich von der Versicherung her involviert bin: Ich weiss, es gibt, ich sage jetzt einmal, eine Kleinigkeit. Ich weiss nicht, wie weit es ist. Ein Problem mit einem Wasserschaden. Ich weiss nicht, wie stark diese Auswirkungen waren. Auf jeden Fall hatte es sicher mindestens kleine Rechnungen gegeben, die wir der Versicherungen in dem Sinn weitergegeben haben. Das läuft, aber ob das ein grösserer Schaden ist, wüsste ich ehrlich gesagt nicht. Aber wir wären sicher daran, mit Bauleitung und Hauswart vor Ort, das auch zu klären und richtig zu stellen.

Daniela Graubner: Ich bin sehr erstaunt, weil die Kinder nach Hause gekommen sind und sie haben gesagt, das Waschbecken sei übergelaufen und das Wasser sei in die Schächte der Kabelkanäle hineingelaufen und durch die Spinde sei Wasser herausgelaufen. Es erstaunt mich jetzt sehr, Also vielleicht ist es einfach schnell behoben. Aber ich habe gedacht, das werdet Ihr wissen, dass da ein Wasserschaden passiert ist.

Peter Stucki, Vizeammann: Wie gesagt, Versicherungsfälle, wie z.B. Schmierereien, Sprayerien und so können durchaus durch Hauswart mit Bernhard Wehrli, welcher die Versicherungsfälle abwickelt, direkt abgewickelt werden. Wie es jetzt allgemein bekannt ist, fehlt der Leiter Liegenschaftsunterhalt schon längere Zeit, darum muss ich das nicht unbedingt wissen. Das wird ja eher ein Bagatellfall sein, sonst wüssten wir es alle.

David Wick: Ich möchte noch Bettina danken für den ausführlichen Bericht, für die Beantwortungen dieser Anfragen. Ich habe noch eine Frage zur Tiefenprüfung der Fiko, welche in Auftrag gegeben wird. Wird dieser Bericht im Anschluss veröffentlicht? Natürlich ohne, dass datenschutzkritische Sachen veröffentlicht werden. Falls nein, warum nicht?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das ist ein Bericht, welcher die Fiko in Auftrag gibt, und er unterliegt dem Kommissionsgeheimnis. Aber es ist selbstverständlich so, dass gewisse Erkenntnisse daraus in die Berichterstattung einfließen werden an den Einwohnerrat. Wir werden sicher auch darüber innerhalb des Gemeinderates diskutieren. Es wird, nehme ich einmal an, gewisse Konsequenzen auf die Organisation haben, aber wir können hier nicht vorgreifen. Aber im Detail müssen wir hier sehr vorsichtig sein.

Sandra Hehli: Ich habe noch eine Frage: Wie weit ist man beim Thema Fusion Feuerwehr? Wie weit sind die Gespräche, also läuft da etwas?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ja, also es haben verschiedene Gespräche stattgefunden. Involviert sind ja drei Gemeinden. Es ist Würenlingen, Untersiggenthal und Obersiggenthal. In Würenlingen ist der entsprechende Gemeinderat zurückgetreten. Da werden jetzt die Wahlen im Oktober stattfinden. Die nächsten Schritte sind angedacht und mit den neuen Ressortverträgen müssen wir im Moment noch warten, bis wir die nächsten Schritte unternehmen. Wir haben aber bereits auch mit der Feuerwehr gesprochen, also die Feuerwehr ist im Boot, sie sind involviert und so weit wie möglich auch informiert.

Daniel Gadiet: Sandra Hehli hatte einmal Peter Stucki ein E-Mail geschrieben betreffend Quell- und Grundwasserschutzzone. In diesem E-Mail hast Du geschrieben, dass es vor allem in den letzten 15 Monaten nicht vorangegangen ist auf Grund anderer Projekte. Jetzt wäre es einerseits interessant zu wissen, betreffend dem Zeithorizont, dass dort wieder einmal etwas geht und andererseits hast Du auch geschrieben, dass die involvierten Parteien theoretisch informiert sein müssten. Wir wissen aus unseren Quellen, dass sie nicht informiert sind. Wie ist dort der Stand? Gibt es einmal ein Update für die involvierten Parteien oder werden sie einfach weiterhin in der Luft hängen gelassen und man meldet sich nicht oder wie sieht das dort aus?

Peter Stucki, Vizeammann: Es kommt wieder Farbe in die Geschichte. Sie hat geruht, das ist richtig. Wir haben personelle Engpässe bei Bau und Planung. Der Brunnenmeister, welcher jetzt eigentlich dieses Geschäft mit gewisser Unterstützung übernommen hat, hat mit diversen Parteien noch einmal gesprochen, nachdem er Anfang letztes Jahr alle sieben Parteien besucht hatte. Von daher habe ich angenommen, dass er mit ziemlich allen Kontakt gehabt hat. Die Dokumente werden jetzt in den nächsten drei bis vier Wochen erstellt und den Parteien zugestellt. Anschliessend wird das Prozedere sicher noch Zeit in Anspruch nehmen, weil wir mit Adressproblemen zu kämpfen haben. Wir müssen mit Landeigentümern, bei welchen diverse Erbschaftsteilungen stattgefunden haben, Kontakt aufnehmen und das ist jeweils nicht ganz einfach, weil es fast den ganzen Planeten betrifft.

Christian Blum: Wir haben vor 1 ½ Jahren entschieden, dass wir die Flüchtlingsbetreuung von der Caritas zurückziehen und sie durch die Abteilung Soziales selber machen. Gibt es da bereits Erfahrungen, läuft es gut? Kann man etwas dazu sagen?

Tanja Marullo, Gemeinderat: Da können wir leider noch nicht viel Auskunft geben. Bis jetzt habe ich nicht gehört, dass es nicht gut läuft. Das ist eigentlich ein positives Zeichen. Mehr Auskunft kann ich dazu noch nicht erteilen.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich möchte noch die Anfrage von Christian Buser der letzten Einwohnerratssitzung beantworten. Er wollte wissen, was mit der Kaltwasserleitungen beim Schulhaus OSOS ist. Die Antwort ist die: Nichts, aber offensichtlich ist ein Waschbecken darüber offen. Es ist mir nicht klar, (ich konnte es nicht eruieren), warum wir im Aufgaben- und Finanzplan einmal einen Betrag mit dem Titel Kaltwasserleitungen OSOS gehabt haben. Es ist niemandem bekannt, dass es Unregelmässigkeiten geben soll. Ich habe dann die Hauswarte gebeten, dies einmal zu überprüfen. Der alte Hauswart, welcher mehrere Jahre da gewesen ist, hat gesagt, nein, sie können keine Unregelmässigkeiten feststellen. Ich habe auch den Brunnenmeister beigezogen und gefragt, ob er Kenntnis hat. Wenn gelegentlich Rostwasser kommt, ist dies normal, vor allem nach den Schulferien. Wenn die Leitungen eine Zeit lang nicht geflossen sind, dann habt Ihr auch zuhause gelegentlich Rost im Wasser, also wer es noch nicht weiss, lässt nach den Ferien zuerst einmal drei, vier, fünf Minuten Wasser laufen, weil sonst verkeimtes Wasser aus der Leitung kommt. Was wir aber schon im Mai für das OSOS ins Budget aufgenommen haben, dies haben wir jetzt vorher bewilligt mit dem Budget; es sind CHF 25'910 für den Ersatz Instandsetzung und Reparaturen des Boilers im OSOS und der Hauptwasserverteilung. Es gibt da verschiedene Schieber, es gibt Ventile, welche klemmen. Sie sind seit der Erstellung des Schulhauses in Betrieb und da werden jetzt im Verlauf des nächsten Jahres die Korrekturen vorgenommen. Ich hoffe, den Betrag im Aufgaben- und Finanzplan ist nicht mehr drin. Wir haben ihn vorher auch abgenommen. Er ist nicht mehr enthalten.

Daniel Gadiant: Ich habe gesehen, dass es beim Kirchweg oben, beim Gelände der Gärtnerei Weber, ein Baustellen-Lichtsignal gibt. Vorne wird mit einem Bagger ausgekiest. Hat das mit dem Schwimmbad zu tun oder was ist dort Sache? Der springende Punkt an dieser ganzen Sache ist nämlich, dass das Lichtsignal meistens auf Rot steht. Logischerweise hält dort keiner an. Grundsätzlich animiert das sehr viele Leute, um einfach bei Rot hindurchzufahren.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich weiss es jetzt nicht genau. Ich habe es noch nicht angeschaut, aber es ist richtig, die Erschliessung des Hallen- und Gartenbades für die Sanierungsarbeiten wird über die Schützenstrasse und Kirchweg und durch den Fussballplatz hinaufgeführt. Damit man nicht zwischen dem neuen Schulhaus, Kindertagesstätte und dem OSOS hindurchfahren muss. Die Erschliessung wird von der Landstrasse, Schützenstrasse, Kirchweg sein. Ich nehme an, das sind Vorarbeiten dazu.

Daniel Gadiant: Wofür ist denn das Lichtsignal dort? Es ist nur eins.

Peter Stucki, Vizeammann: Das kann ich Dir jetzt nicht sagen. Sie haben erst angefangen.

Daniel Gadiant: Ich wäre froh, wenn Du das einmal in Erfahrung bringen könntest, weil es das einzige Lichtsignal dort ist, sonst geht keines.

Peter Stucki, Vizeammann: Es sind zwei Wochen geplant, um die Baustelle zu installieren.

Carol Demarmels: Ich möchte gerne dazu eine Anschlussfrage stellen. Das ist ja ein vielbefahrener und -belaufener Schulweg, dieser Bereich dort. Macht man dort irgendetwas oder hat man dort zu genau denselben Zeiten, wenn der Schulweg genutzt wird, auch den Grossverkehr zum Schwimmbad hinauf?

Peter Stucki, Vizeammann: Die Baustelle wird sicher dann, wenn der Hauptverkehr stattfindet, laufen. Wenn es jedoch einmal eingerichtet ist, wird es nicht so sehr viel Verkehr geben. Es ist meines Wissens auch gekiest. Es gibt ein Gehweg, es gibt ein Ausweg, aber mehr ist nicht vorgesehen. Wir haben, wie gesagt, mit kantonaler Zustimmung Gehwege gewählt. Dies konnten wir nicht allein entscheiden. Dies ist ein kantonaler Radweg. Dass wir dort durchgehen statt durch den anderen Weg zwischen den Schulhäusern auf dem Kirchweg oder über die Stockackerstrasse hindurch. Das wären die einzigen zwei Möglichkeiten gewesen.

Christoph Villiger, Präsident: Gut, dann gehe ich davon aus, dass wir die Umfrage hiermit beendet haben. Ich möchte Euch ganz herzlich danken für die Geduld und Ausdauer dieser Budget-Sitzung.

Esther Reimann: Betreffend der dringlichen Motion, muss man hier noch etwas machen?

Christoph Villiger, Präsident: Da haben wir gesagt, es wird an einer nächsten Einwohnerrats-Sitzung besprochen. Der Vorteil ist, Ihr habt morgen einen freien Abend. Besten Dank für das Ausharren. Ich hoffe sehr, dass wir an der nächsten Sitzung, welche fast eine Samichlaus-Sitzung ist, die Zeit besser im Griff haben. In dem Sinne wünsche ich Euch einen schönen Herbst und alles Gute.

Der Präsident:

Christoph Villiger

Die Protokollführerin:

Romana Hächler